

KOF Konjunkturforschungsstelle

Corona und Ungleichheit in der Schweiz

Eine erste Analyse der Verteilungswirkungen der Covid-19-Pandemie

Finanziert durch Bundesamt für Gesundheit BAG,
Enterprise 4 Society Center und KOF Konjunkturforschungsstelle;
Datenzugang von Forschungsstelle sotomo

Isabel Z. Martínez, Daniel Kopp, Rafael Lalive, Stefan Pichler
und Michael Siegenthaler

KOF Studien, Nr. 161, Februar 2021

Impressum

Herausgeber

KOF Konjunkturforschungsstelle, ETH Zürich
© 2021 KOF Konjunkturforschungsstelle, ETH Zürich

Unterstützung der Studie

Bundesamt für Gesundheit BAG, Bern
Enterprise 4 Society Center, Lausanne
KOF Konjunkturforschungsstelle, Zürich
Forschungsstelle sotomo, Zürich

Autoren

Isabel Z. Martínez, Daniel Kopp, Rafael Lalive, Stefan Pichler
und Michael Siegenthaler

KOF

ETH Zürich
KOF Konjunkturforschungsstelle
LEE G 116
Leonhardstrasse 21
8092 Zürich

Telefon +41 44 632 42 39
Fax +41 44 632 12 18
www.kof.ethz.ch
kof@kof.ethz.ch

Corona und Ungleichheit in der Schweiz

Eine erste Analyse der Verteilungswirkungen der Covid-19-Pandemie

Isabel Z. Martínez¹ Daniel Kopp¹ Rafael Lalive² Stefan Pichler¹
Michael Siegenthaler¹

¹ KOF Konjunkturforschungsstelle, ETH Zürich

² Université de Lausanne

Zusammenfassung

Diese Studie präsentiert eine umfassende Auslegeordnung, wie sich die Covid-19-Pandemie entlang der Einkommensverteilung in der Schweiz ausgewirkt hat. Grundlage der Analyse sind sechs Befragungswellen des sotomo/SRF-Bevölkerungsmonitorings, welche die Situation der Haushalte in der Schweiz seit Beginn der Pandemie systematisch beschreiben. Die Analyse berücksichtigt dabei den Einfluss der Krise auf das Einkommen, die Ausgaben, Ersparnisse, das persönliche Wohlbefinden und die Gesundheit der Haushalte sowie den Zusammenhang zwischen Pandemie, Haushaltseinkommen und dem Vertrauen in die Politik und die Medien.

Generell zeigt sich, dass die Pandemie **bestehende Ungleichheiten verschärft**. Haushalte am unteren Ende der Einkommensverteilung sind in den meisten Dimensionen – teils deutlich – stärker von der Krise betroffen als reichere Haushalte.

So vermelden Personen, die zu einem Haushalt mit sehr tiefem Haushaltseinkommen von unter 4 000 Franken gehören, im Schnitt einen sehr starken **Einkommensrückgang** von 20 Prozent. Bei Personen aus Haushalten mit einem Monatseinkommen von mehr als 16 000 Franken sind die Einkommen um 8 Prozent gesunken. Die Einkommenssituation von Befragten mit einem Haushaltseinkommen unter 4 000 Franken hat sich zudem auch nach Ende des Lockdowns im Sommer 2020 kaum verbessert. Im Gegensatz dazu sind die Einkommensrückgänge der anderen Einkommenskategorien in den zwei späteren Befragungswellen (Oktober 2020 und Januar 2021) geringer als in den beiden Erhebungen davor, die inmitten bzw. am Ende des ersten Lockdowns stattfanden.

Die Einkommensveränderung infolge der Pandemie hängt stark damit zusammen, wie sich die **Erwerbssituation** veränderte. Bei Befragten, die weiterhin einer Erwerbstätigkeit nachgingen, ist das Haushaltseinkommen im Schnitt wenig oder gar nicht zurückgegangen. In Haushalten mit Personen, in denen der Umfrageteilnehmer arbeitslos wurde, kam es zu grossen Einkommensverlusten. Bedeutende Einkommensrückgänge verzeichneten auch viele Selbständige. Unter Befragten, die von Kurzarbeit betroffen waren, waren die Einkommensrückgänge zwar etwas geringer, mit durchschnittlich rund 20 Prozent aber trotzdem gross. Betrachtet man die Entwicklung entlang der Einkommensverteilung zeigt sich erstens, dass Personen aus einkommensschwachen Haushalten häufiger von einer nachteiligen Entwicklung der Erwerbssituation betroffen waren. Rund ein Drittel der Befragten aus Haushalten mit Einkommen unter 4 000 Franken, die vor der Krise einer Erwerbsarbeit nachgingen, wurden im Verlauf der Krise arbeitslos oder mussten Kurzarbeitsgeld beziehen. Bei der obersten Einkommensklasse (Haushaltseinkommen über 16 000 Franken) war es ein Sechstel der Befragten. Zweitens zeigt sich, dass die Einkommenseinbussen in allen Erwerbssituationen für

Personen aus Haushalten am untersten Ende der Einkommensverteilung jeweils am grössten waren. Besonders gross waren die Einkommensrückgänge unter den Befragten aus Haushalten in der untersten Einkommensklasse, die arbeitslos wurden (-50 Prozent).

Bei den **Ausgaben** – dem Konsum der Haushalte – ergibt sich ein anderes Bild. Befragte aus Haushalten mit hohen bis sehr hohen Einkommen reduzierten ihre Ausgaben mit rund 16 Prozent am stärksten. Personen aus einkommensschwachen Haushalten verringerten die Ausgaben etwas weniger stark (-12 Prozent). Die Gründe für die Ausgabenreduktion sind zwischen Haushalten mit tiefen und jenen mit hohen Einkommen teils unterschiedlich: Reichere Haushalte reduzierten ihre Ausgaben vor allem, weil sie weniger Bedürfnisse und weniger Möglichkeiten hatten Geld auszugeben. Diese Motive sind auch bei einkommensschwachen Haushalten wichtig. 11 Prozent der Haushalte mit einem Einkommen unter 4 000 Franken gibt allerdings an, die Ausgaben gesenkt zu haben, weil weniger Geld zur Verfügung stand.

Die unterschiedlichen Ausgaben- und Einkommensveränderungen am oberen und unteren Ende der Einkommensverteilung schlugen sich ein Jahr nach Ausbruch der Pandemie in den **Ersparnissen** der Haushalte nieder: Während die Ersparnisse der Haushalte mit tiefen Einkommen deutlich gesunken sind, stiegen sie bei Hälfte der Haushalte mit den höchsten Einkommen. Rund 39 Prozent der Personen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von weniger als 4 000 Franken gaben darüber hinaus an, auf ihre Ersparnisse zurückgegriffen zu haben, um laufende Ausgaben zu decken. Jede neunte Person in dieser Einkommensklasse hat sich gemäss eigenen Aussagen verschuldet. Obwohl keine Angaben zur Vermögenshöhe vorliegen, ist somit zu erwarten, dass die Vermögensungleichheit zugenommen hat.

Personen mit tiefen Einkommen waren nicht nur finanziell sondern auch gesundheitlich stärker von der Pandemie betroffen als reichere Haushalte. So hat sich die **subjektive Gemütsverfassung** seit Ausbruch der Pandemie im letzten Frühjahr bei Personen mit tiefen Einkommen trotz zwischenzeitlichen Lockerungen stetig verschlechtert. Personen aus einkommensstarken Haushalten ging es während den Sommermonaten dagegen wieder etwas besser. Gerade Personen, die von Arbeitslosigkeit betroffen waren, gaben häufig an, dass es ihnen schlecht geht.

Ein Teil der Unterschiede zwischen arm und reich dürften darauf zurückzuführen sein, dass deutlich weniger Befragte aus Haushalten mit tiefen Einkommen die Möglichkeit hatten von zuhause zu arbeiten. **Homeoffice** war während der Corona-Krise vorteilhaft, da dadurch das Risiko einer Ansteckung reduziert wurde, der bisherige Job mit grösserer Wahrscheinlichkeit weiterhin ausgeübt werden konnte, und auch die Ausgaben eher zurückgingen.

Bei den **Covid-Infektionen** zeigen sich keine deutlichen Unterschiede zwischen arm und reich. Wenn überhaupt waren Befragte von reicheren Haushalten etwas stärker betroffen. So gaben im Januar 2021 12 Prozent der Befragten in der untersten Einkommensklasse an, dass sie positiv getestet wurden oder auf Grund von Symptomen von einer Erkrankung ausgehen. In der höchsten Einkommensklasse waren es 16 Prozent. Dieses Ergebnis ist jedoch auf die unterschiedliche Alterszusammensetzung zurückzuführen: In der niedrigsten Einkommensklasse ist der Anteil der Personen über 55 am höchsten, gleichzeitig sinkt die Wahrscheinlichkeit einer Infektion deutlich mit dem Alter. Innerhalb der Altersgruppen finden sich keine systematischen Unterschiede nach Einkommensklasse.

Für Familien stellten **geschlossene Schulen und Kindergärten**, vor allem im Frühjahr 2020, eine weitere Belastung dar. Im Mai 2020 gab jede vierte Mutter an, durch Kinderbetreuung und Homeschooling weniger berufliche Kapazitäten zu haben. In dieser Dimension sind die Unterschiede nach Haushaltseinkommen gering. Tendenziell geben zwar eher Mitglieder aus Haushalten mit höheren Einkommen an, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schwierig war. Dies ist jedoch hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass Familien in den höheren Einkommenskategorien übervertreten sind.

Die Daten zeigen auch, dass das zu Beginn hohe **Vertrauen in den Bundesrat** zur Bewältigung der Corona-Krise über die Zeit zurückgegangen ist. Während am Anfang der

Krise noch knapp 20 Prozent der Befragten angaben, geringes oder sehr geringes Vertrauen in den Bundesrat zu haben, ist dieser Anteil im Oktober 2020 und Januar 2021 auf 40 Prozent gestiegen. Befragte aus einkommensschwachen Haushalten haben ein etwas tieferes Vertrauen in die politische Führung als Befragte mit hohem Haushaltseinkommen. Bezüglich des **Vertrauens in die Medien** sind hingegen keine grossen Unterschiede zwischen Befragten aus tiefen und hohen Einkommensklassen auszumachen. Insgesamt stellen viele Befragte den Medien kein gutes Zeugnis aus.

Schliesslich zeigen sich bei der **Impfbereitschaft** in den Daten vom Januar 2021 deutliche Unterschiede nach Haushaltseinkommen: In der untersten Einkommensklasse würden sich nur 36 Prozent der Befragten sofort impfen lassen, während sich in der höchsten Einkommensklasse 59 Prozent der Befragten sofort impfen lassen würden.

Inhaltsverzeichnis

1	Datengrundlage	5
2	Ökonomische Auswirkungen	8
2.1	Veränderung der Ausgaben und Einkommen	8
2.2	Ersparnisse und Verschuldung	15
3	Gesundheitszustand, Psychische Gesundheit und Soziales	19
3.1	Allgemeiner Gesundheitszustand	19
3.2	Zurechtkommen mit der aktuellen Situation	21
3.3	Mögliche Erklärungsfaktoren: Homeoffice und Belastung durch Betreuungspflichten	24
4	Politisches Vertrauen und Impfbereitschaft	25
4.1	Vertrauen in Politik und Medien	26
4.2	Impfbereitschaft	28

Tabellenverzeichnis

1	Charakteristika der Einkommensklassen (in Prozent)	6
---	--	---

Abbildungsverzeichnis

1	Veränderung der Einkommen und Ausgaben	8
2	Einkommen- und Ausgabenveränderungen über die Zeit	9
3	Gründe, warum auf Ausgaben verzichtet wird	10
4	Einkommen- und Ausgabenveränderungen nach Erwerbsstatus	12
5	Erwerbssituation der Befragten	14
6	Veränderung der Ersparnisse	15
7	Nutzung von Ersparnissen um laufende Ausgaben zu decken	16
8	Corona führt zu Verschuldung	18
9	Allgemeiner Gesundheitszustand	19
10	Testergebnisse bezüglich des Coronavirus	20
11	Gemütszustand	21
12	Schlechte Gemütsverfassung im Zeitverlauf	22
13	Anteil der Personen an Ihren Grenzen	23
14	Möglichkeit von Homeoffice	24
15	Belastung durch Betreuung	25
16	Vertrauen in die Regierung	26
17	Fehlendes Vertrauen in die Regierung im Zeitverlauf	27
18	Beurteilung der Schweizer Medien	28
19	Impfbereitschaft	29

1 Datengrundlage

Die Datengrundlage für den vorliegenden Bericht bilden Erhebungen des Corona- Bevölkerungsmonitorings, welches im Auftrag der SRG von der Forschungsstelle sotomo erhoben wurde. Ziel dieses Monitorings im Auftrag der SRG war es jeweils, einen zeitnahen Einblick in die Auswirkungen der Corona-Krise auf den Alltag, die Stimmungslage, die Haltungen sowie die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung zu erhalten. Seit März 2020 wurden bisher sechs Erhebungen durchgeführt, an denen insgesamt 202 516 Personen teilgenommen haben. Die Erhebungen wurden jeweils als Querschnitt-Analyse durchgeführt. Es ist aber nicht auszuschliessen, dass einige Personen an mehreren Wellen teilnahmen. Diese Daten erlauben eine erste Analyse, wie sich die Covid-19-Pandemie auf die wirtschaftliche Ungleichheit in der Schweiz ausgewirkt hat. Durch die periodische Wiederholung der Befragung werden zudem Trends und Entwicklungen seit Ausbruch der Pandemie sichtbar.

Grundgesamtheit und Sample-Restriktionen

Die Grundgesamtheit der Befragungen bildet jeweils die sprachlich integrierte Wohnbevölkerung der Schweiz ab 15 Jahren. Die Befragungen erfolgten online. Die Rekrutierung der Befragten fand einerseits über die Webportale der SRG, andererseits via eines Online-Panels von sotomo statt. Sotomo hat die Daten kontrolliert und bereinigt. In die vorliegende Analyse fliessen ausschliesslich bereinigte Daten ein.

Generell fliessen alle Beobachtungen in die Analyse ein. Bei manchen Fragestellungen liegt der Fokus jedoch auf einer Subpopulation der Grundgesamtheit, z.B. auf der Erwerbsbevölkerung. Auf diese Sample-Restriktionen wird im Text hingewiesen. Manche Fragen wurden zudem nicht in allen Wellen gestellt (z.B. Fragen zur Veränderung des Vermögens seit Beginn der Pandemie). Wo dies der Fall ist, wird im Text darauf hingewiesen. Dasselbe gilt für Fälle, in denen eine Frage nicht von allen Teilnehmenden beantwortet wurde. Wo es sinnvoll erscheint, werden diese Fälle in einer eigenen Antwortkategorie zusammengefasst (insbesondere beim Haushaltseinkommen).

Gewichtung

Da sich die Teilnehmenden der Umfrage selber rekrutieren (opt-in), ist die Zusammensetzung der Stichprobe nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit. Den Verzerrungen in der Stichprobe wird mittels statistischer Gewichtungsverfahren entgegengewirkt. In einem ersten Schritt wurden innerhalb jeder einzelnen Welle Beobachtungsgewichte erstellt. Dafür wurden räumliche (Wohnort), soziodemographische (Alter, Geschlecht, Bildung, Haushaltsform) und politische Gewichtungskriterien (Parteipräferenz) beigezogen. Durch diese Gewichtung wird eine hohe Repräsentativität für die Schweizer Bevölkerung erzielt.

Der Stichprobenfehler, wie er für Zufallsstichproben berechnet wird, lässt sich nicht direkt auf gewichtete opt-in Umfragen übertragen. Die Repräsentativität der vorliegenden Befragungen ist gemäss Angaben von sotomo jedoch vergleichbar mit einer Zufallsstichprobe mit einem Stichprobenfehler von $\pm 1,1$ Prozentpunkten (für 50% - Anteil und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit).

Tabelle 1: Charakteristika der Einkommensklassen (in Prozent)

	keine Angabe	unter 4 000	4 000 - 6 000	6 001 - 10 000	10 001 - 16 000	über 16 000
Frauenanteil	60.4	58.7	51.4	47.7	45.5	39.9
Haushaltstyp						
Einpersonenhaushalte	12.7	43.0	29.4	11.0	3.3	2.4
Paarhaushalte	28.5	22.0	32.9	39.2	37.0	29.8
Familienhaushalte	52.3	25.6	31.4	45.9	55.5	62.7
Andere Mehrpersonenhaushalte	6.5	9.5	6.2	3.9	4.2	5.1
Haushalte mit Kindern <16 J.	25.7	13.9	19.4	30.5	33.0	31.6
Altersgruppe						
15-24	23.3	10.2	6.2	5.3	9.1	13.3
25-54	39.0	45.0	50.8	58.4	64.5	56.6
55+	37.8	44.8	43.0	36.3	26.4	30.1
Erwerbssituation						
Angestellt	27.7	22.1	37.8	47.9	58.0	52.8
Selbständig	6.7	7.3	6.7	6.3	6.8	13.0
Kurzarbeit	7.0	11.3	12.1	13.0	13.1	9.6
Arbeitslos geworden	1.2	3.3	1.9	1.3	1.1	1.2
Arbeitslos geblieben	2.3	5.4	1.6	1.0	0.7	0.6
Nicht erwerbstätig	33.5	17.9	10.8	10.2	10.5	15.4
Pensioniert / IV	21.5	32.6	29.2	20.3	9.8	7.5
Branchen (Auswahl)						
Gastronomie / Hotellerie	2.1	6.5	4.8	3.6	2.6	2.2
Verkauf / Beratung	3.2	5.7	4.8	5.4	5.4	5.3
Gesundheit / Soziales	5.7	6.7	9.1	9.5	10.0	9.8
Erziehung / Unterricht	2.8	2.7	3.1	5.3	6.9	4.2
Befragungswelle						
1: 21.-23.3.2020; N= 30 460	15.4	15.4	17.1	16.8	17.4	18.1
2: 3.-6.4.2020; N= 29 891	13.8	16.1	17.0	17.2	17.4	17.8
3: 2.-5.5.2020; N= 32 485	16.9	16.1	16.5	17.0	16.7	15.4
4: 5.-8.6.2020; N= 31 011	17.6	18.0	16.6	16.7	15.5	14.9
5: 23.10.-2.11.2020; N= 34 872	17.1	16.9	16.8	16.4	16.6	16.6
6: 6.-8.1.2021; N= 43 797	19.2	17.4	16.1	15.9	16.4	17.3
Anzahl Beobachtungen	19 611	19 999	37 124	67 847	44 601	13 334
Beobachtungsgewicht	1.122	1.407	1.283	0.951	0.718	0.616

Für die vorliegende Studie wurden Antworten aus mehreren Befragungswellen gemeinsam ausgewertet. Der Tatsache, dass die Teilnehmerzahl- und Zusammensetzung von Welle zu Welle variiert, wird mittels zusätzlicher Gewichtung Rechnung getragen. Die Umfrageteilnehmer werden so umgewichtet, dass im Aggregat jede Welle das gleiche Gewicht erhält. Tabelle 1 zeigt die durchschnittlichen Gewichtungsfaktoren nach Haushaltskategorie. Beobachtungen aus Haushalten mit tiefen Einkommen erhalten demnach im Schnitt ein höheres Gewicht als Beobachtungen aus Haushalten mit hohen Einkommen. Dies deutet darauf hin, dass Personen aus einkommensschwachen Haushalten eine geringere Neigung hatten an den Umfragen teilzunehmen als Personen aus einkommensstarken Haushalten. Entsprechend werden die Antworten von Personen aus Haushalten mit tiefen Einkommen stärker gewichtet.

Variable zum Haushaltseinkommen

Da der Bericht die Ungleichheit rund um Covid-19 analysiert, kommt dem Haushaltseinkommen eine zentrale Bedeutung zu. Für die korrekte Interpretation der Ergebnisse gilt es, folgendes zu beachten:

- Die Frage zum Haushaltseinkommen lautete: “Wie hoch ist Ihr monatliches Haushaltseinkommen ungefähr, also das, was alle Mitglieder Ihres Haushaltes zusammen pro Monat ausbezahlt erhalten (netto in CHF)?”. Neben den fünf Einkommensklassen gab es auch die Antwortmöglichkeit “Weiss nicht / keine Angabe”.
- Die erfassten fünf Haushaltseinkommenskategorien spiegeln jeweils die laufenden Haushaltseinkommen wider – und nicht die Haushaltseinkommen vor der Krise. Es ist daher möglich, dass Umfrageteilnehmer, deren Haushaltseinkommen an den Einkommensgrenzen liegt, aufgrund einer Verschlechterung der Einkommenssituation in eine tiefere Einkommenskategorie rutschen. Einige der Personen, die in unteren Haushaltseinkommensgruppen eine Verschlechterung ihrer Situation vermelden, könnten vor der Krise in einer höheren Einkommenskategorie gewesen sein. Unterschiede in der Situation zwischen hohen und tiefen Einkommen werden dadurch eher verstärkt.
- Je nach Befragungswelle haben 14-19 Prozent der Befragten keine Angabe zum Einkommen gemacht (siehe Tabelle 1 unten). Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Häufigkeit dieser Antwortkategorie über die verschiedenen Haushaltstypen und individuellen Merkmale. Diese Angabe fehlt häufiger in Mehrpersonenhaushalten, in denen die Befragten möglicherweise über das tatsächliche Haushaltseinkommen unsicher waren. In den Analysen des Berichts weisen wir “keine Angabe” jeweils nicht aus, um eine bessere Übersicht und leichte Interpretation der Ergebnisse zu gewährleisten. Im Grossen und Ganzen sind die Ergebnisse für die Einkommenskategorie “keine Angabe” jedoch ähnlich wie für Personen aus Haushalten in den niedrigsten zwei Kategorien.

Tabelle 1 liefert eine Übersicht zu den Charakteristika der Einkommensgruppen. Dabei fällt auf, dass der Frauenanteil mit steigendem Haushaltseinkommen sinkt. Dies liegt einerseits daran, dass Frauen häufiger in schlechter bezahlten Branchen und häufiger Teilzeit arbeiten. Andererseits ist es zumindest möglich, dass in Mehrpersonenhaushalten mit hohem Haushaltseinkommen häufiger ein Mann als eine Frau den Fragebogen ausgefüllt hat.

Wie zu erwarten, ist ein tiefes Haushaltseinkommen oft dadurch zu erklären, dass es nur das Einkommen einer einzigen Person widerspiegelt, während die Summe der Einkommen von mehreren Personen meist die unterste Einkommensgrenze übersteigt. Insbesondere beträgt der Anteil der Einpersonenhaushalte in der tiefsten Einkommenskategorie 43 Prozent, in der höchsten Kategorie sind es nur noch 2.4 Prozent. Entsprechend finden sich in den

höhere Einkommensklassen häufiger Mehrpersonenhaushalte (Paare, Familien und andere). Auch der Anteil der Haushalte mit Kindern steigt mit dem Einkommen an.

2 Ökonomische Auswirkungen

2.1 Veränderung der Ausgaben und Einkommen

Der erste Teil des Berichts widmet sich den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Einkommen und Ausgaben der Haushalte. Wie in den meisten folgenden Grafiken bilden wir zunächst einen Mittelwert aller Antworten über alle verfügbaren Befragungswellen. Für die Information zur Veränderung der Einkommen und Ausgaben stehen uns dabei 4 Befragungswellen (Welle 3-6) zur Verfügung.

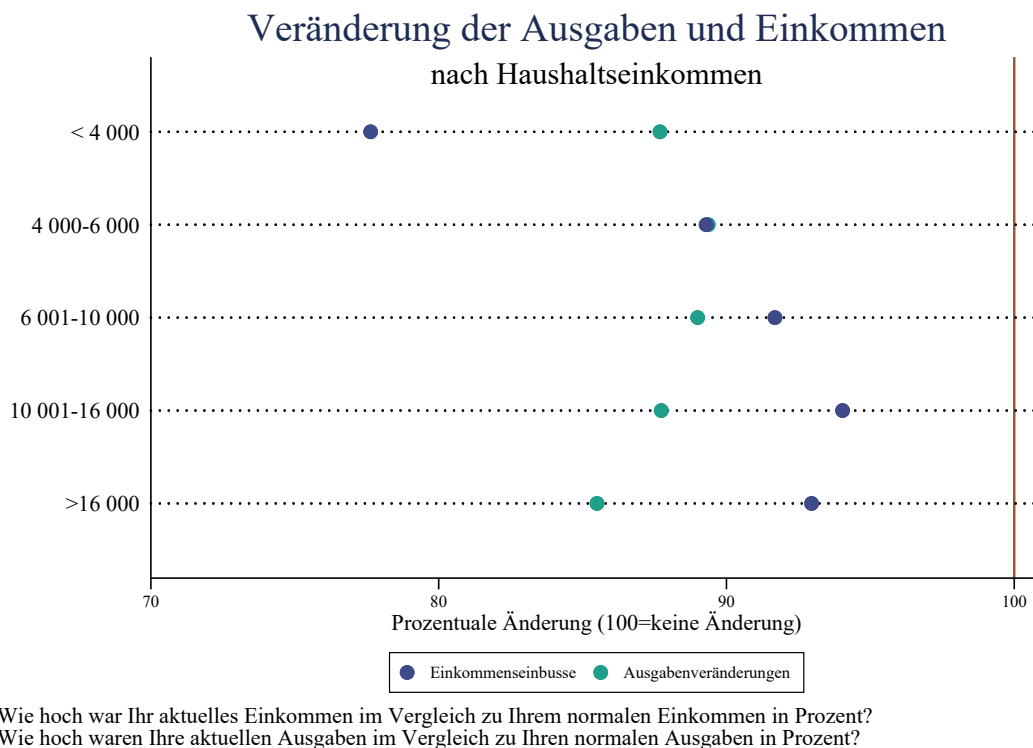


Abbildung 1: Veränderung der Einkommen und Ausgaben

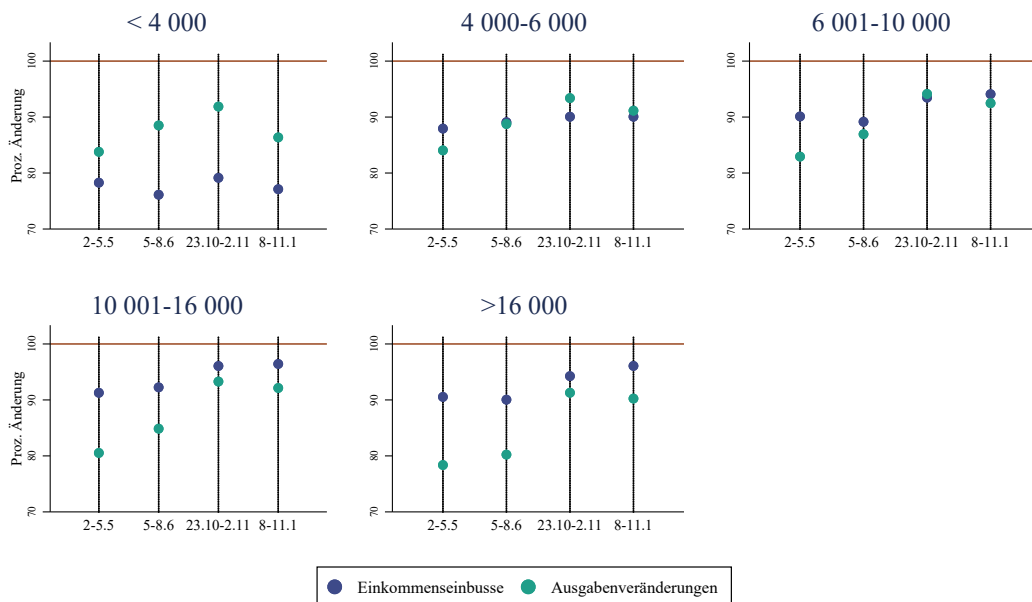
Abbildung 1 zeigt die Einkommens- und Ausgabenveränderung, durch die Pandemie, in Abhängigkeit des Haushaltseinkommens der Befragten. Der Effekt der Pandemie wird ermittelt, indem die Befragten gebeten werden, die aktuellen Einkommen und Ausgaben ins Verhältnis zu ihren “normalen” Einkommen beziehungsweise Ausgaben zu setzen. Die Abbildung zeigt zunächst, dass die Einkommen wegen der Krise merklich zurückgingen. Den mit Abstand stärksten Einkommensrückgang melden allerdings Personen, die zu einem Haushalt mit sehr tiefem Haushaltseinkommen von unter 4 000 Franken gehören. Sie vermelden ein Minus von 20 Prozent. Für Personen, in Haushalten mit einem Monatseinkommen von mehr als 16 000 Franken sind die Einkommen dagegen nur um 8 Prozent gesunken. Insgesamt zeigt sich, dass die Schere der verfügbaren Einkommen wegen der Pandemie auseinander gegangen ist.

Ein anderes Bild zeigt sich, wenn man die Ausgabenveränderungen in der Abbildung 1 betrachtet. Den stärksten Ausgabenrückgang verzeichnen Befragte aus Haushalten mit hohen

bis sehr hohen Einkommen. Ihre Ausgaben sanken um ca. 16 Prozent. Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen reduzierten die Ausgaben etwas weniger (ca. –12 Prozent).

Die Unterschiede zwischen Ausgaben- und Einkommensveränderungen dürften teilweise damit zusammenhängen, dass Haushalte mit geringerem Einkommen einen geringeren finanziellen Spielraum haben um ihre Ausgaben zu reduzieren. Gewisse Ausgaben sind notwendig und können nicht ohne Weiteres reduziert werden. Für Haushalte in der untersten Einkommensklasse führte die Krise daher zu einer Verschlechterung des Verhältnis zwischen Einkommen und Ausgaben. Entsprechend finden wir im Kapitel 2.2, dass sich einige dieser Haushalte verschulden mussten um über die Runden zu kommen. Umgekehrt führte die Krise dazu, dass sich für reicherer Haushalte die Ausgaben stärker reduzierten als die Einkommen was in vielen Fällen zu einer Zunahme der Ersparnisse geführt hat. Wie wir unten zeigen, hängt dies damit zusammen, dass einige reiche Haushalte wegen der Pandemie weniger Bedürfnisse oder weniger Möglichkeiten hatten Geld auszugeben.

Veränderung der Ausgaben und Einkommen nach Haushaltseinkommen und Wellen



Wie hoch war Ihr aktuelles Einkommen im Vergleich zu Ihrem normalen Einkommen in Prozent?
Wie hoch waren Ihre aktuellen Ausgaben im Vergleich zu Ihren normalen Ausgaben in Prozent?

Abbildung 2: Einkommen- und Ausgabenveränderungen über die Zeit

Abbildung 2 zeigt die zeitliche Entwicklung der Einkommens- und Ausgabenrückgänge nach Haushaltseinkommenskategorie (wie bereits festgestellt wurde die Frage nur in vier Befragungswellen gestellt). Die Einkommensrückgänge fielen für alle Einkommenskategorien – mit Ausnahme der tiefsten Kategorie – zu Beginn, also während des ersten Lockdowns, stärker aus als im Herbst und im Winter. Die durchschnittlichen Einkommen der meisten Gruppen scheinen sich also etwas erholt zu haben.

Dies gilt jedoch nicht für die Befragten mit einem Haushaltseinkommen unter 4 000 Franken. Diese vermelden über alle Wellen hinweg einen ziemlich konstanten Einkommensrückgang von gut 20 Prozent. Ihre Einkommenssituation scheint sich also auch nach Ende des Lockdowns im Sommer 2020 kaum verbessert zu haben. Dies ist umso bemerkenswerter, da es

nicht auszuschliessen ist, dass einige Befragte das “normale Einkommen”, an dem sie ihre Situation gemäss Fragestellung messen, in späteren Wellen etwas nach unten anpassen.

Schliesslich zeigt Abbildung 2 auch, dass der Ausgabenrückgang im Frühling 2020 während des ersten Lockdowns in allen Einkommensgruppen am grössten war. In den nächsten zwei Wellen erholten sich die Ausgaben wieder, wenn auch das ursprüngliche Ausgabenniveau in keiner Einkommenskategorie wieder erreicht wurde. Die Erholung ist am grössten in den höheren Einkommenskategorien. Diese meldeten in der ersten Welle auch den grössten Ausgabenrückgang. Bei Personen aus Haushalten mit tiefen Einkommen erholen sich die Ausgaben dagegen weniger stark, was auf die anhaltenden Einkommensrückgänge in dieser Kategorie zurückzuführen sein dürfte.

In der jüngsten Befragung vom Januar 2021, nach der erneuten Verschärfung der Eindämmungsmassnahmen gegen das Coronavirus, sinken die Ausgaben in allen Einkommensklassen wieder. Allerdings ist dieser Rückgang etwas weniger ausgeprägt als jener in der Maibefragung während des ersten Lockdowns. Dieser zeitliche Verlauf der Ausgabenveränderungen deckt sich mit den Erkenntnissen aus der folgenden Abbildung 3, die zeigt, warum Personen aus Haushalten in den verschiedenen Einkommenskategorien auf Ausgaben verzichtet haben.

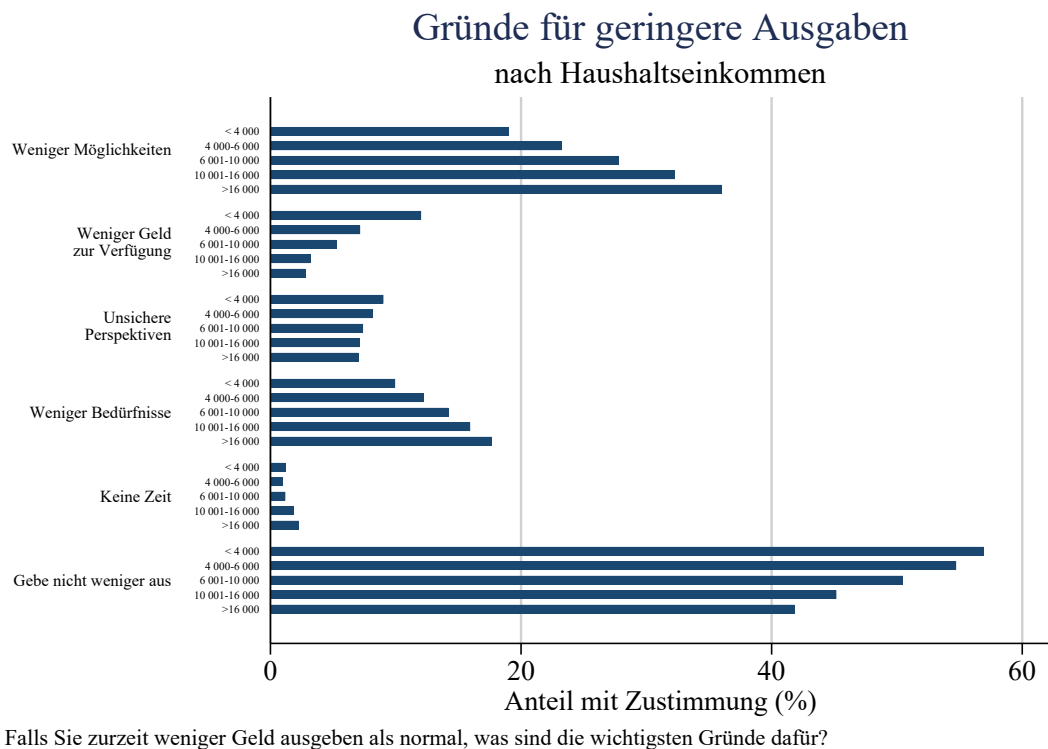


Abbildung 3: Gründe, warum auf Ausgaben verzichtet wird

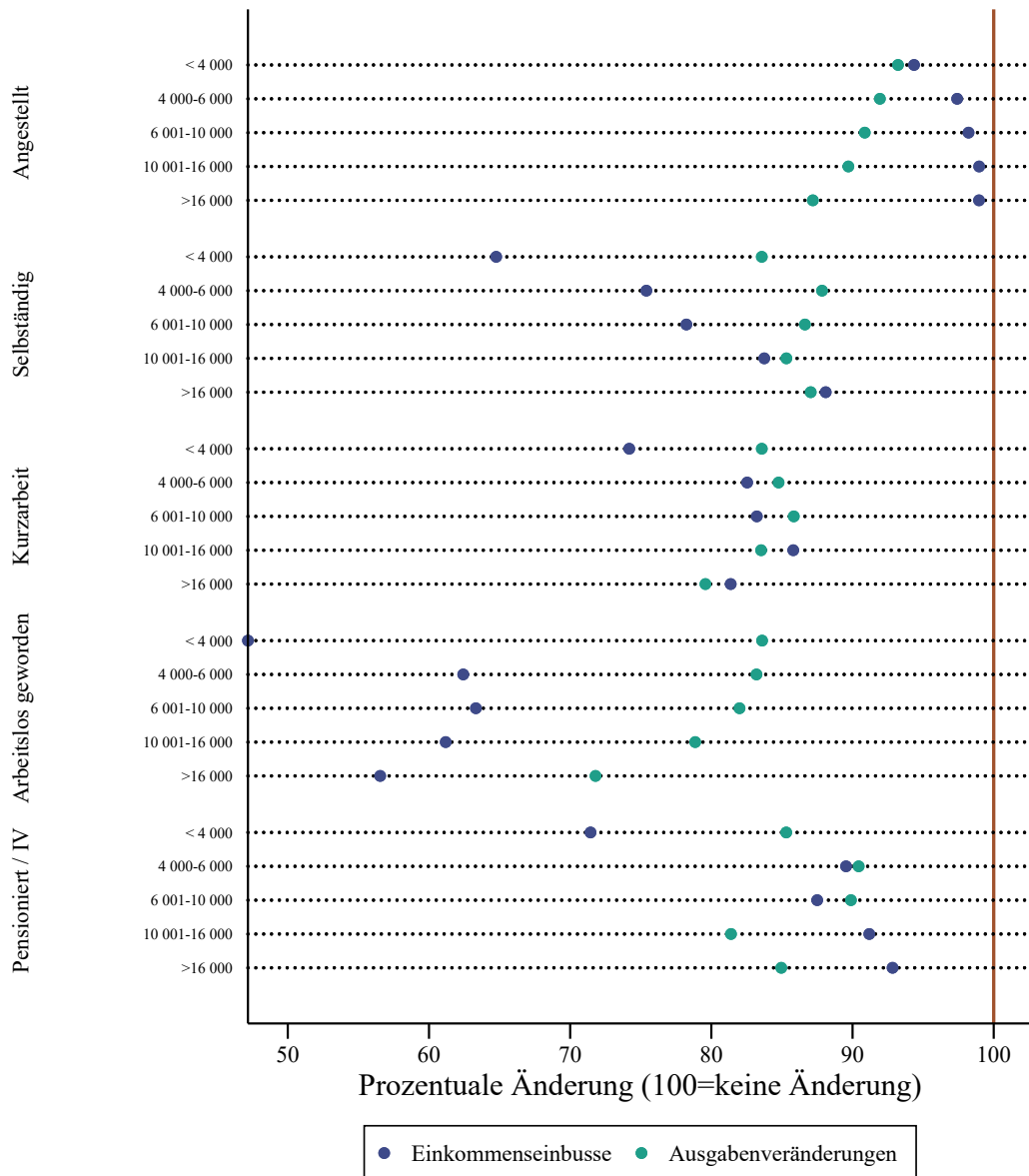
Abbildung 3 zeigt die Gründe für geringere Ausgaben nach Haushaltseinkommen. Zunächst ist allerdings festzuhalten, dass im Schnitt der vier Befragungswellen, in denen die Frage gestellt wurde, rund die Hälfte der Befragten angeben, gar nicht weniger Geld auszugeben. Dieser Anteil ist bei den Haushalten in der untersten Kategorie besonders gross. Separate Analysen für die einzelnen Befragungswellen zeigen zudem, dass in der Befragung im Mai, die inmitten des ersten Lockdowns stattfand, nur rund ein Drittel der Befragten angibt, gleich viel auszugeben.

Das wichtigste Motiv für eine Ausgabenreduktion unter jenen, die tatsächlich ihre Ausgaben reduziert haben, ist, dass es weniger Möglichkeiten gibt Geld auszugeben. Diese Antwortkategorie wurde im Mai 2020 besonders häufig ausgewählt. Die Wichtigkeit dieser Antwort steigt über alle Wellen hinweg zudem mit dem Haushaltseinkommen. Mehr als ein Drittel aller Antwortenden in der höchsten Einkommenskategorie gaben an, in der Krise weniger Geld ausgegeben zu haben, weil es weniger Konsummöglichkeiten gab. Bei den tiefen Einkommen sind es weniger als ein Fünftel (vgl. Abbildung 3). Ein ähnlich gelagerter, häufiger Grund für geringere Ausgaben ist, dass die Umfrageteilnehmer – insbesondere jene in höheren Einkommenskategorien – aufgrund der Pandemie weniger Bedürfnisse haben.

Abbildung 3 zeigt aber auch, dass Befragte aus Haushalten mit geringerem Einkommen ihre Ausgaben auch wegen eines geringeren Einkommens reduzierten. Der Anteil der Befragten aus einkommensschwachen Haushalten, der diese Antwort auswählte, ist mit jeder Welle etwas grösser geworden. Der Anteil reicherer Haushalte, der die Ausgaben aus diesem Grund reduzierte, ist klein, obwohl reiche Haushalte prozentual den grössten Ausgabenrückgang verzeichneten (Abbildung 1). Rund 10 Prozent der Befragten geben schliesslich an, dass sie ihre Ausgaben wegen unsicheren Perspektiven reduzierten. Die Anteile sind über die Einkommenskategorien hinweg recht konstant.

Insgesamt vermittelt Abbildung 3 das Bild, dass reichere Haushalte, falls sie dies taten, ihre Ausgaben in der Pandemie bislang vor allem reduzierten, weil es weniger Möglichkeiten gab, Geld auszugeben beziehungsweise weil die Bedürfnisse abnahmen. Diese Motive sind auch bei Haushalten mit geringerem Einkommen wichtig. Mehr als ein Fünftel der Haushalte in der untersten Kategorie mussten allerdings die Ausgaben senken, weil sie weniger Geld zur Verfügung hatten oder aufgrund unsicherer Perspektiven sparen mussten.

Veränderung der Ausgaben und Einkommen nach Haushaltseinkommen und Erwerbssituation



Wie hoch war Ihr aktuelles Einkommen im Vergleich zu Ihrem normalen Einkommen in Prozent?
 Wie hoch waren Ihre aktuellen Ausgaben im Vergleich zu Ihren normalen Ausgaben in Prozent?

Abbildung 4: Einkommen- und Ausgabenveränderungen nach Erwerbsstatus

Wie hängt die besprochene Veränderung der Einkommen und Ausgaben nach Einkommensklassen mit dem Erwerbsstatus zusammen? Dieser Frage geht Abbildung 4 nach.

In allen Einkommensklassen verzeichnen Befragte, die während der Krise arbeitslos geworden sind, die grössten Einkommenseinbussen. Besonders stark war der Einkommensrückgang jedoch bei arbeitslos gewordenen Personen, die der tiefsten Einkommenskategorie angehören: Ihre Einkommen sanken um mehr als 50 Prozent im Vergleich zu vor der Krise. Eine mögliche Erklärung für den starken Einkommensrückgang ist, dass einige Personen in dieser Gruppe kein Anrecht auf Arbeitslosengeld haben, da es sich zum Beispiel um Personen in Ausbildung

handeln könnte, die ihren Nebenjob verloren haben. Einige der Betroffenen könnten auch in prekären Arbeitsverhältnissen gearbeitet haben, weshalb sie aufgrund fehlender Beitragsdauer nur wenig Arbeitslosengeld erhalten. Schliesslich sind Trinkgelder, die gerade im von der Krise stark betroffenen Gastgewerbe weit verbreitet sind, bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nicht versichert.

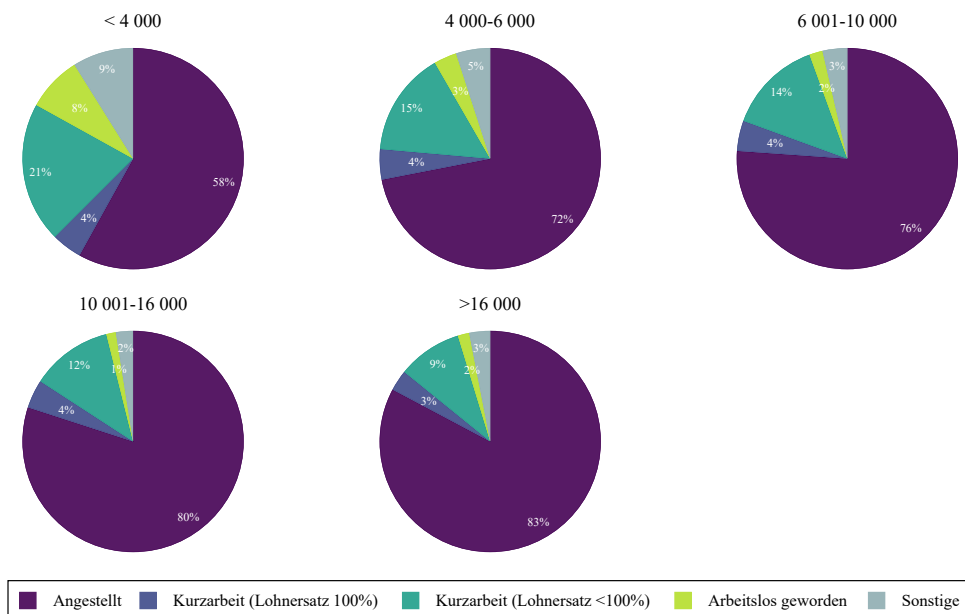
Diejenigen Personen, die arbeitslos gewordenen sind, verzeichnen auch den grössten Ausgabenrückgang aller Gruppen, und zwar in allen Einkommensklassen. Dabei sind die Ausgaben bei Personen aus einkommensschwachen Haushalten weniger stark zurückgegangen als bei Befragten aus einkommensstarken Haushalten. Obwohl die Einkommen sehr viel stärker zurückgegangen sind, ist es für diese Einkommensklasse also nur beschränkt möglich, die Ausgaben weiter zu reduzieren. Eine plausible Erklärung sind Fixkosten für Miete, Versicherungen, insbesondere die Krankenkasse, Verpflegung und Gesundheitsausgaben.

Wer von Kurzarbeit betroffen war, erlebte im Schnitt einen Einkommensrückgang von knapp 20 Prozent. Dies betrifft auch Haushalte mit hohem Einkommen. Der Einkommensverlust von ca. 20 Prozent korrespondiert exakt mit der gesetzlichen Lohnersatzquote bei Kurzarbeit, die 80 Prozent beträgt (allerdings können Unternehmen das Kurzarbeitsgeld aufstocken). Befragte aus der tiefsten Einkommensklasse geben im Schnitt sogar einen Einkommensrückgang von mehr als 20 Prozent an. Dies könnte mit einem grösseren Anteil an nicht-versicherten Lohnbestandteilen, wie z. B. Trinkgeld, zusammenhängen.

Der Einkommensrückgang bei den Selbständigen ist grösser als bei Personen, die von Kurzarbeit betroffen sind. Auch bei den Selbständigen zeigt sich, dass Befragte aus Haushalten mit tieferem Einkommen deutlich grössere Einkommenseinbussen hinnehmen mussten als Personen aus Haushalten mit höherem Einkommen. Hingegen fiel der Ausgabenrückgang über alle Einkommensklassen relativ konstant aus. Zudem ist er – trotz des grösseren Einkommensrückgangs – kleiner als bei Erwerbstätigen, die von Kurzarbeit betroffen waren.

Die geringsten Einkommenseinbussen verzeichnen die Befragten mit einer Erwerbsarbeit. Allerdings ist auch hier das Einkommen von Personen aus einkommensschwächeren Haushalten stärker zurückgegangen als bei Personen aus einkommensstarken Haushalten. Weil Letztere ihre Ausgaben besonders stark reduzieren konnten, dürfte sich ihre finanzielle Situation während der Krise im Schnitt eher verbessert haben.

Aktuelle Erwerbssituation nach Haushaltseinkommen



Wie ist Ihre aktuelle Erwerbssituation? (Geben Sie an, was am meisten zutrifft)
Die Abbildung enthält nur Personen, die vor der Krise erwerbstätig waren.

Abbildung 5: Erwerbssituation der Befragten

Da die Erwerbssituation einen grossen Einfluss auf die finanzielle Lage der Befragten hat, stellt sich die Frage, in welcher Erwerbssituation sich die Befragten in den verschiedenen Einkommensklassen befinden und wie sich diese im Zuge der Krise verändert hat. Tabelle 1 und Abbildung 5 liefern Antworten auf diese Fragen.

Erstens zeigt sich, dass ein grosser Anteil der Personen aus Haushalten mit weniger als 4 000 Franken nicht erwerbstätig oder pensioniert ist. Je höher das Haushaltseinkommen, desto geringer ist dieser Anteil.

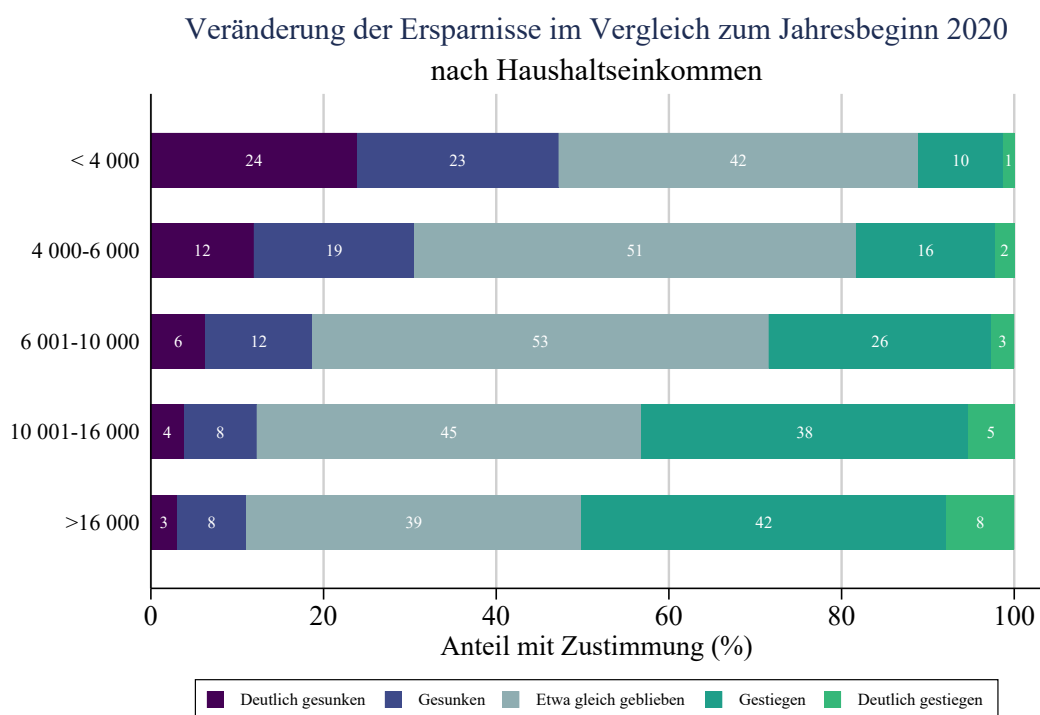
Tabelle 1 zeigt aber auch, dass Personen aus Haushalten in der untersten Einkommensklasse während der Krise häufiger arbeitslos wurden als Personen aus reicheren Haushalten. Während 3.5 Prozent der Befragten aus einem Haushalt mit weniger als 4 000 Franken Haushaltseinkommen arbeitslos wurden, liegt der entsprechende Anteil bei Personen aus den reichsten Haushalten bei 1.2 Prozent. Noch deutlicher wird der Unterschied, wenn man auf diejenigen fokussiert, die vor der Krise eine Stelle innehatten. Abbildung 5 zeigt, dass mehr als 8 Prozent der Befragten der tiefsten Einkommensklasse, die vor der Krise erwerbstätig waren, arbeitslos wurden. Weitere 27 Prozent sind von Kurzarbeit betroffen. Mehr als ein Drittel der Umfrageteilnehmer aus der tiefsten Einkommensklasse, die vor der Krise einer Erwerbsarbeit nachgingen, waren somit von Kurzarbeit betroffen oder arbeitslos. Mit steigendem Einkommen nimmt dieser Anteil deutlich ab. Bei der höchsten Einkommenskategorie geben 14 Prozent der Befragten, die vor der Krise einer Erwerbstätigkeit nachgingen, an, dass sie arbeitslos wurden oder von Kurzarbeit betroffen sind.

Auffällig ist schliesslich auch, dass Umfrageteilnehmer aus reicheren Haushalten bei Kurzarbeit eher in den Genuss des vollen Lohnersatzes kommen als Bezüger von Kurzarbeitsgeld aus der untersten Einkommenskategorie. Die Arbeitnehmer von reicheren Haushalten arbei-

ten offenbar häufiger für Arbeitgeber, die bei Kurzarbeit bereit sind, die Lücke von 20 Prozent zum vollen Lohnersatz zu bezahlen.

2.2 Ersparnisse und Verschuldung

Die Massnahmen, welche die Schweiz zur Eindämmung des neuen Coronavirus ergriffen hat, haben die Möglichkeiten, Geld auszugeben, zum Teil stark eingeschränkt. Die oben beschriebenen Ausgaben- und Einkommensveränderungen schlagen sich deshalb ein Jahr nach Ausbruch der Pandemie auch in den Ersparnissen der Haushalte nieder, wie Abbildung 6 zeigt (die Fragen in diesem Unterkapitel wurden nur in der letzten Befragungswelle vom Januar 2021 gestellt): Analog zur sich öffnenden Schere zwischen Einkommen und Ausgaben sind auch die Ersparnisse bei den Haushalten mit tiefen Einkommen gesunken. Nur gerade 11 Prozent der Haushalte mit Einkommen unter 4 000 Franken hatten Anfang 2021 mehr Ersparnisse als noch ein Jahr zuvor.



Wie haben sich Ihre Ersparnisse im Vergleich zum Jahresbeginn 2020 verändert?

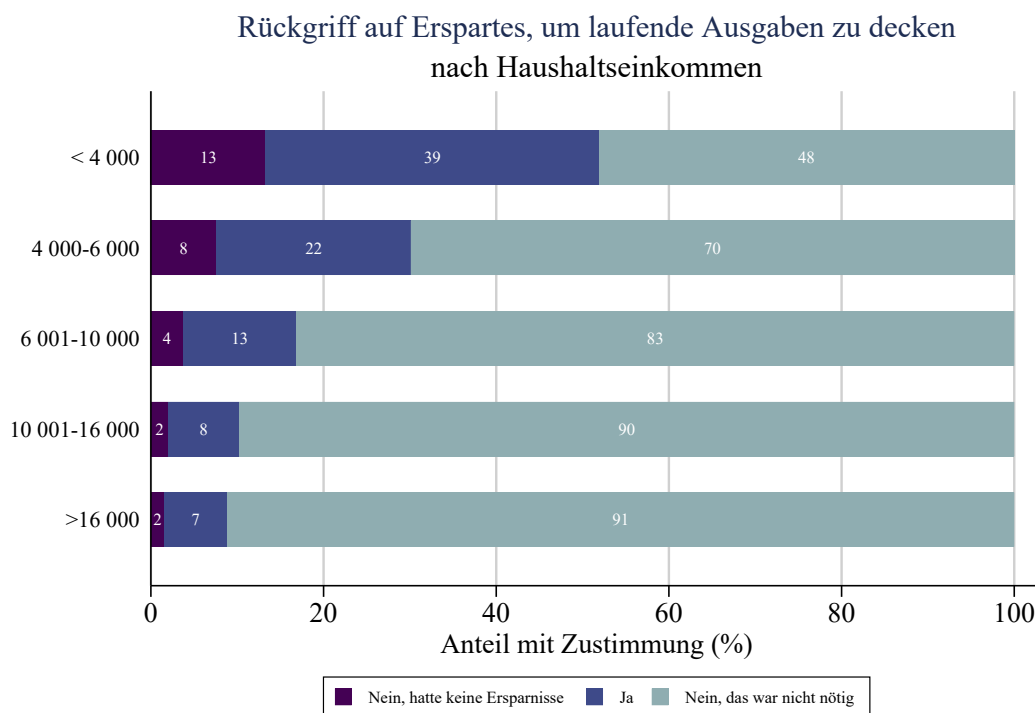
Abbildung 6: Veränderung der Ersparnisse

Umgekehrt präsentiert sich das Bild am anderen Ende der Einkommensverteilung: Die Hälfte der Haushalte mit hohen Einkommen haben im vergangenen Jahr gespart, nur 11 Prozent gaben an, weniger auf dem Konto zu haben als noch vor einem Jahr. Die Bildung dieser neuen Ersparnisse war dabei teils unfreiwillig, da Haushalte mit hohen Einkommen häufiger angaben, dass sie weniger Möglichkeiten zum Geldausgeben hatten (vgl. Abbildung 3).

Nach der Vermögenshöhe wurde in der Umfrage nicht gefragt. Da Haushalte mit hohen Einkommen (sowie ältere Personen) im Schnitt über höhere Vermögen verfügen als Haushalte mit tiefen Einkommen, ist zu erwarten, dass durch die Pandemie die Vermögensungleichheit zugenommen hat. Zudem wird ein Teil des ausgefallenen Konsums, wie Restaurantbesuche, der Besuch von kulturellen Veranstaltungen und Sportanlässen, oder persönliche Dienstleistungen nicht nachgeholt werden. Diese Ersparnisse sind also wohl nicht von temporärer

Natur.

Die Ersparnisse sind besonders in jenen Haushalten gesunken, die aufgrund ihrer beruflichen Situation auch die grössten Einkommenseinbussen verbuchen mussten. Am stärksten betroffen waren Personen, die wegen der Krise arbeitslos wurden (Rückgang der Ersparnisse bei 68 Prozent der Befragten) und Kurzarbeitende (49 Prozent), sowie Selbständige (45 Prozent). Unter den Angestellten, Pensionierten und Nichterwerbstätigen dagegen sind die Ersparnisse bei einer Mehrheit gleich geblieben oder sogar gestiegen.



Mussten Sie aufgrund der Pandemie auf Ihr Ersparnes zurückgreifen, um laufende Ausgaben zu decken?

Abbildung 7: Nutzung von Ersparnissen um laufende Ausgaben zu decken

Wie Abbildung 7 zeigt, gingen die Ersparnisse in vielen Haushalten deshalb zurück, weil damit laufende Ausgaben gedeckt werden mussten. Da Haushalte mit tiefen Einkommen auch am häufigsten von Einkommensausfällen betroffen waren, mussten sie deutlich öfter auf ihre Ersparnisse zurückgreifen als Haushalte mit mittleren oder hohen Einkommen.

Dies verdeutlicht, dass die Krise bestehende Ungleichheiten weiter verschärft, denn typischerweise verfügen Haushalte mit tiefen Einkommen auch über geringere Ersparnisse. Die Befragung vom Januar 2021 bestätigt diesen statistisch etablierten Zusammenhang: 13 Prozent der Befragten aus einem Haushalt mit einem Einkommen von unter 4 000 Franken an, über keine Ersparnisse verfügt zu haben. Bei den Befragten aus Haushalten mit Einkommen über 16 000 Franken war dies nur bei 2 Prozent der Fall.

Wiederum ist die Veränderung der Erwerbssituation einer der wichtigsten Bestimmungsfaktoren für die finanzielle Situation Wer durch die Pandemie arbeitslos geworden ist oder Kurzarbeitsgeld bezog, musste trotz Ersatzehkommen aus der Arbeitslosenkasse einen Teil der laufenden Ausgaben mit Ersparnissen decken.

Besonders ausgeprägt war dies in jenen Befragten, die im Verlauf der Pandemie ihre Stelle verloren haben: 57 Prozent der arbeitslos gewordenen mussten auf ihre Ersparnisse zurückgreifen, im Vergleich zu 39 Prozent der Kurzarbeitenden. Hinzu kommen einige, die zwar gerne auf Ersparnisse zurückgegriffen hätten, aber über keine Ersparnisse verfügten.

Kurzarbeit erlaubt es den Betrieben, ihre Angestellten in geringem Umfang weiterhin arbeiten zu lassen. Nur für die ausgefallene Arbeitszeit erhalten die Betroffenen Lohnersatz im Umfang von 80 Prozent. Ihr Einkommensausfall beträgt somit maximal 20 Prozent.¹ Wer arbeitslos wird, verliert dagegen sein Arbeitseinkommen komplett und erhält als Ersatz 70–80 Prozent seines letzten Lohnes. In der Konsequenz muss vermehrt auf Ersparnisse zurückgegriffen werden.

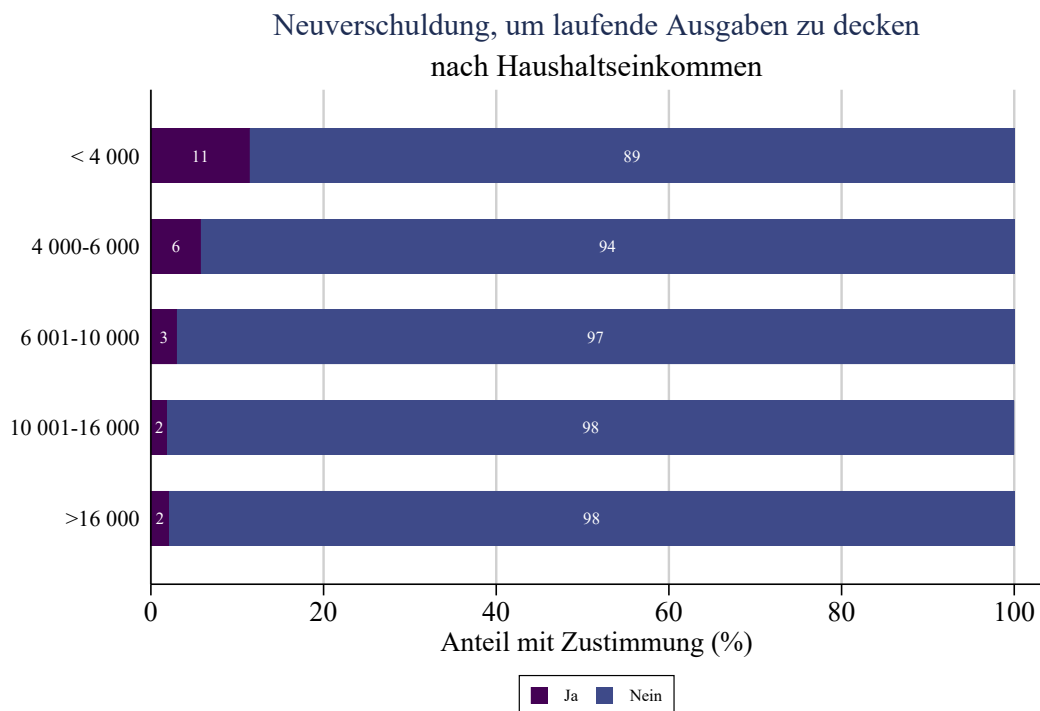
In einer ähnlichen Situation befinden sich viele Selbständige: 41 Prozent von ihnen geben an, in auf Ersparnisse zurückgegriffen zu haben. Trotz Unterstützung durch die öffentliche Hand reichte das Einkommen bei 46 Prozent der Selbständigen offenbar nicht aus, um die laufenden Ausgaben im Betrieb oder zuhause zu decken, sodass sie auf Ersparnisse zurückgegriffen.

Es sind vor allem Personen im Erwerbsalter, die aufgrund der Pandemie auf Ersparnisse zurückgegriffen, um laufende Ausgaben zu decken: In den Altersgruppen zwischen 25 und 64 waren es 21 Prozent der Befragten. 7 Prozent in dieser Altersgruppe gaben an, keine Ersparnisse zur Verfügung gehabt zu haben.

Von den Befragten im Rentenalter gaben demgegenüber nur 12 Prozent an, aufgrund der Pandemie auf Ersparnisse zurückgegriffen zu haben, um laufende Ausgaben zu decken. 83 Prozent gaben an, das sei nicht nötig gewesen. Dies widerspiegelt ihre Einkommenssituation: Da die Renten nicht von der konjunkturellen Situation oder von Betriebsschliessungen tangiert werden, ist die wichtigste Einkommensquelle dieser Altersgruppen unverändert geblieben.

Gleichzeitig wissen wir aus anderen Studien, dass das Vermögen mit dem Alter steigt. Zwar gibt es auch in der Schweiz Altersarmut, doch im Durchschnitt sind Pensionärinnen und Pensionäre vermöglicher als jüngere Kohorten. Weil nun Jüngere häufiger auf ihre Ersparnisse zurückgreifen mussten als Ältere, ist zu erwarten, dass die Vermögensungleichheit als Konsequenz eher zunehmen wird.

¹Am 18. Dezember 2020 beschloss das Parlament zudem, dass rückwirkend ab 1. Dezember 2020 und bis 31. März 2021 Personen mit einem Bruttoeinkommen von weniger als 4 340 Franken pro Monat zwischen 80 und 100 Prozent ihres Verdienstes als Kurzarbeitsentschädigung erhalten. Auf die Antworten auf die Frage “Mussten Sie aufgrund der Pandemie auf Ihr Ersparnisse zurückgreifen, um laufende Ausgaben zu decken?”, dürfte dieser Entscheid jedoch keine Auswirkungen gehabt haben. Die Umfrage fand zwischen dem 8. und 11. Januar statt, also erst kurz nach dem Entscheid des Parlaments und 9 Monate nach Beginn der Pandemiebekämpfung.



Mussten Sie sich aufgrund der Pandemie verschulden, um laufende Ausgaben zu decken?

Abbildung 8: Corona führt zu Verschuldung

Da in einigen Haushalten das Einkommen und die Ersparnisse (sofern überhaupt vorhanden) nicht mehr reichten, um die laufenden Ausgaben zu decken, hat sich ein Teil der Befragten verschuldet. Dies zeigt Abbildung 8. Mit 11 Prozent ist dieser Anteil bei Personen mit tiefem Haushaltseinkommen am höchsten. Bei den Haushalten mit hohen bis sehr hohen Einkommen war dies nur in 2 Prozent der Fälle nötig.

Neuverschuldung aufgrund der aktuellen Corona-Krise ist wiederum bei Personen, die Arbeitslos geworden (25 Prozent der Befragten) beziehungsweise geblieben sind (16 Prozent), Selbständig sind (13 Prozent) oder Kurzarbeit beziehen (11 Prozent) klar am weitesten verbreitet. Unter den Angestellten, Nichterwerbstätigen und Rentnerinnen und Rentner haben weniger als 4 Prozent an, dass sie sich verschulden mussten, um laufende Ausgaben zu decken.

Diese ungleichen Entwicklungen in Bezug auf Ersparnisse und Verschuldung haben möglicherweise weitreichende Konsequenzen für die Zukunft. Bei den Selbständigen bedeutet ein Aufbrauchen der Ersparnisse oder gar eine Neuverschuldung, dass möglicherweise Mittel für künftige Investitionen im Betrieb fehlen. Das kann dazu führen dass die Innovationskraft gebremst und die wirtschaftliche Entwicklung gehemmt wird.

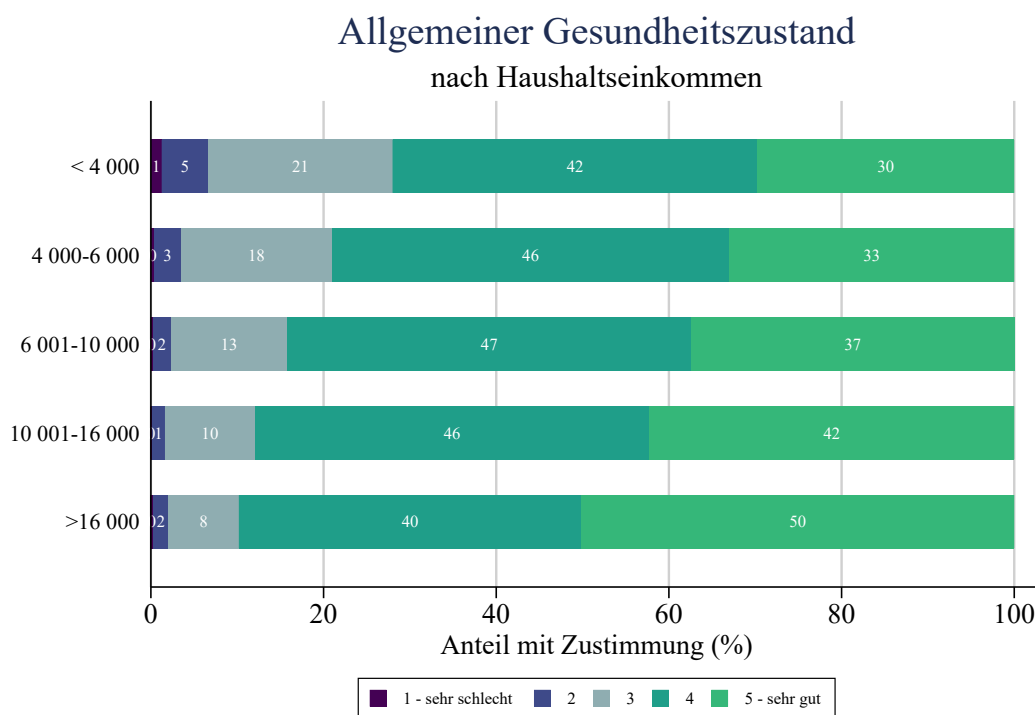
Zudem führen fehlende Ersparnisse zu einem Loch in der Altersvorsorge. Selbständige sind besonders betroffen, da sie – abgesehen von Beiträgen an die AHV – selber vorsorgen müssen. Aber auch Angestellte, die auf Kurzarbeit sind oder ihre Stelle verloren haben, sehen sich mit Renteneinbussen konfrontiert. Einerseits sinken die Beiträge an die erste und zweite Säule automatisch, wenn das Einkommen sinkt, und der Anschluss an eine Pensionskasse geht bei Arbeitslosigkeit gar ganz verloren. Andererseits dürften in den Haushalten, die während der Pandemie auf Erspartes zurückgreifen oder sich gar verschulden, um laufende Ausgaben zu

decken, auch die Ersparnisse für die freiwillige Selbstvorsorge zurückgehen.

3 Gesundheitszustand, Psychische Gesundheit und Soziales

Der zweite Teil des Berichts untersucht, wie sich die Covid-19-Pandemie und die Eindämmungsmassnahmen auf den Gesundheitszustand und vor allem auf die psychische Gesundheit und das Zusammenleben in den Haushalten ausgewirkt hat. Auch hier zeigen sich teils bemerkenswerte Unterschiede entlang der Einkommensverteilung.

3.1 Allgemeiner Gesundheitszustand



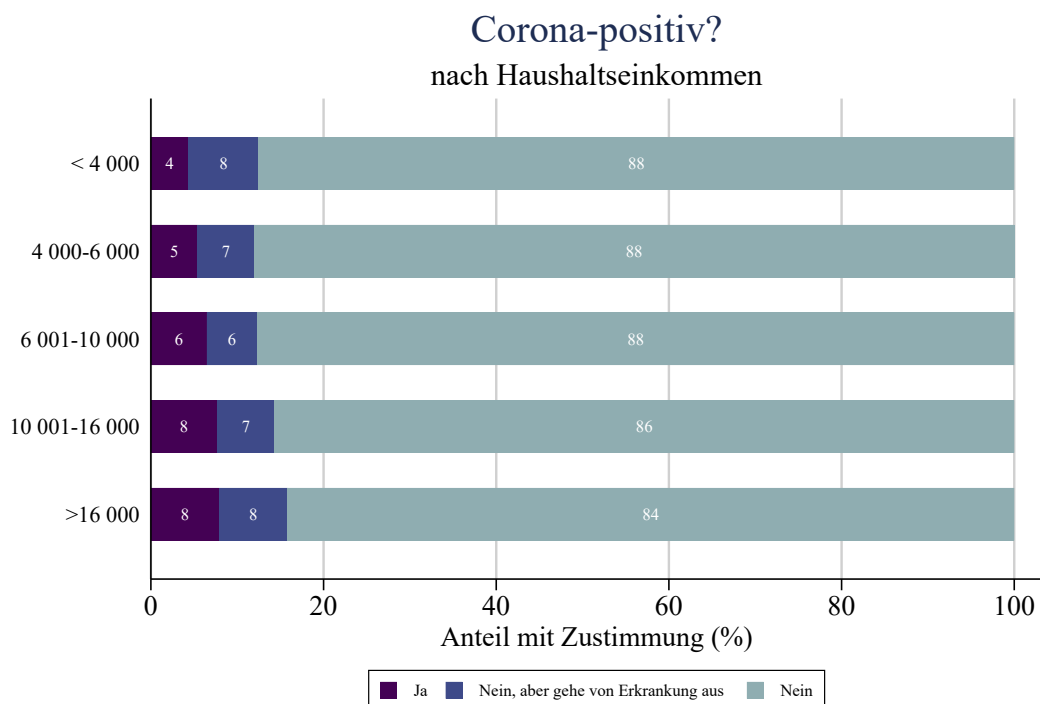
Wie würden Sie Ihren allgemeinen Gesundheitszustand beschreiben? (Von 1: Sehr schlecht, bis 5: Sehr gut)

Abbildung 9: Allgemeiner Gesundheitszustand

Abbildung 9 zeigt: die Einkommenshöhe ist eng verknüpft mit dem subjektiven Gesundheitszustand. Diese Resultate decken sich mit Befunden aus der Literatur der Gesundheitsökonomie. Allerdings muss angemerkt werden, dass diese Frage nur von 57 Prozent der Befragten beantwortet wurde. Die Frage wurde zudem nur in den ersten vier Befragungswellen des Monitorings gestellt. So beschreiben 6 Prozent der Befragten mit Haushaltseinkommen unter 4 000 Franken ihren Gesundheitszustand als schlecht bis sehr schlecht (vgl. Abbildung 9). Mit steigendem Haushaltseinkommen steigt das gesundheitliche Wohlbefinden: 90 Prozent der Befragten in der höchsten Einkommensklasse beschreiben ihren Gesundheitszustand als gut bis sehr gut, nur 2 Prozent beschreiben ihn als schlecht.

Eine mögliche Erklärung für den Unterschied des Gesundheitszustandes zwischen den Einkommensklassen könnte das Alter sein. So zeigt Tabelle 1 dass der Anteil der über 55 jährigen in dieser Einkommenskategorie mit 44.8 Prozent am höchsten ist. Allerdings bleibt dieser Unterschied zwischen den Einkommenskategorien statistisch signifikant, auch wenn man für die

unterschiedliche Alterskomposition kontrolliert.



Wurden Sie schon positiv auf Covid-19 getestet?

Abbildung 10: Testergebnisse bezüglich des Coronavirus

Eine weitere wichtige Frage ist, ob Personen mit tieferen Einkommen eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, sich mit Covid-19 infiziert zu haben. Diese Frage wurde nur für die letzte Befragungswelle im Januar 2021 ausgewertet. Wie in Kapitel 3.3 analysiert, ist zum Beispiel die Möglichkeiten von Homeoffice für Personen mit tiefen Einkommen deutlich geringer, was das Ansteckungsrisiko tendenziell erhöhen könnte. Auch sind die Wohnverhältnisse bei tiefen Einkommen oftmals enger, was Ansteckungen ebenfalls erleichtert.

Wie aus Abbildung 10 hervorgeht, finden sich in den Daten des Bevölkerungsmonitorings jedoch keine Hinweise darauf, dass sich Personen aus einkommensschwachen Haushalten häufiger angesteckt haben. Weil jedoch keine Haushaltsäquivalenzeinkommen zur Verfügung stehen, ist es möglich, dass der Zusammenhang durch die Haushaltszusammensetzung überlagert wird: Haushalte mit hohen Einkommen sind im Schnitt grösser, was wiederum das Ansteckungsrisiko erhöht. Zudem ist nicht klar, ob sich Personen mit tiefen Einkommen weniger häufig haben testen lassen. Besonders im Frühjahr und Sommer herrschte in der Bevölkerung eine gewisse Unsicherheit darüber, ob man für die Kosten des Tests selber aufkommen müsse. Für Personen mit tiefen Einkommen könnte die Angst vor den Kosten ein Grund gewesen sein, sich nicht zu testen.

Jedoch ergibt sich bei den Covid-19 Infektionen ein klarer Zusammenhang mit dem Alter. Jüngere Jahrgänge haben eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit bereits eine Infektion durchgemacht zu haben. Dies erklärt auch die Unterschiede nach Haushaltseinkommen: In der niedrigsten Einkommensklasse ist der Anteil der Personen über 55 am höchsten. Innerhalb der Altersgruppen finden sich keine systematischen Unterschiede nach Einkommensklasse.

3.2 Zurechtkommen mit der aktuellen Situation

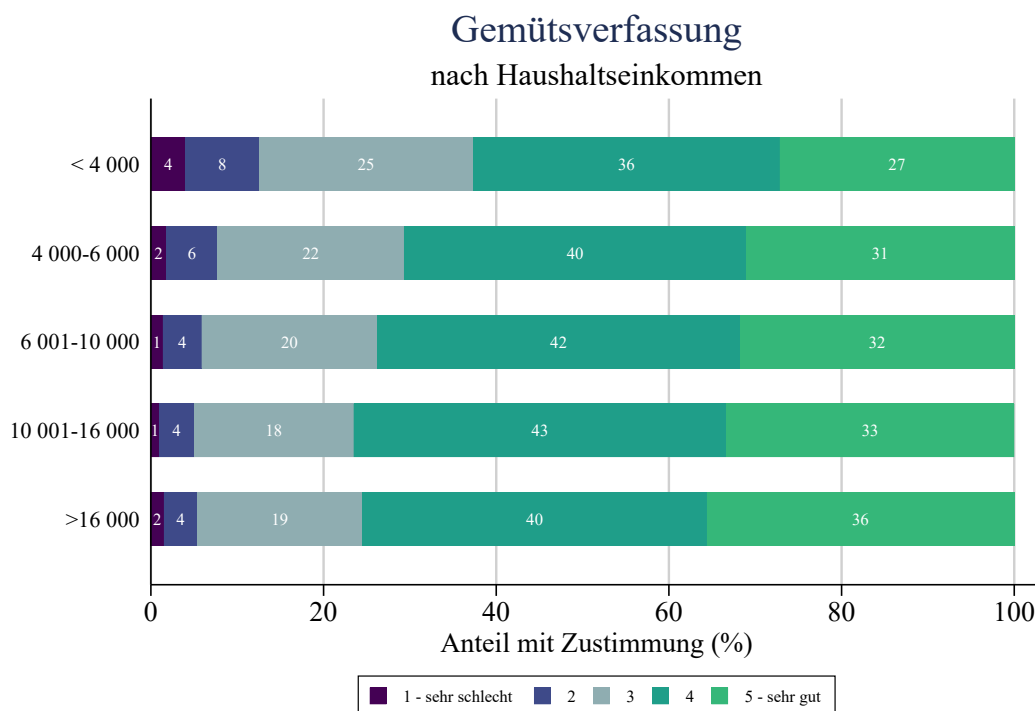


Abbildung 11: Gemütszustand

Beim Gemütszustand zeigt sich ein ähnliches Bild wie beim Gesundheitszustand. Zudem hat diese Frage im Vergleich zum Gesundheitszustand den Vorteil, dass Sie über alle Befragungswellen gestellt wurde und von fast allen Befragten beantwortet wurde. Abbildung 11 zeigt, dass es Personen mit geringem Einkommen im Schnitt schlechter geht (13 Prozent geben an dass es ihnen schlecht oder sehr schlecht geht), als Personen mit hohem Einkommen (6 Prozent schlecht oder sehr schlecht). Umgekehrt geben 75 Prozent der Personen mit hohem Einkommen an, dass es ihnen gut oder sehr gut geht. Auch das allgemeine Wohlbefinden hängt also mit dem Haushaltseinkommen zusammen.

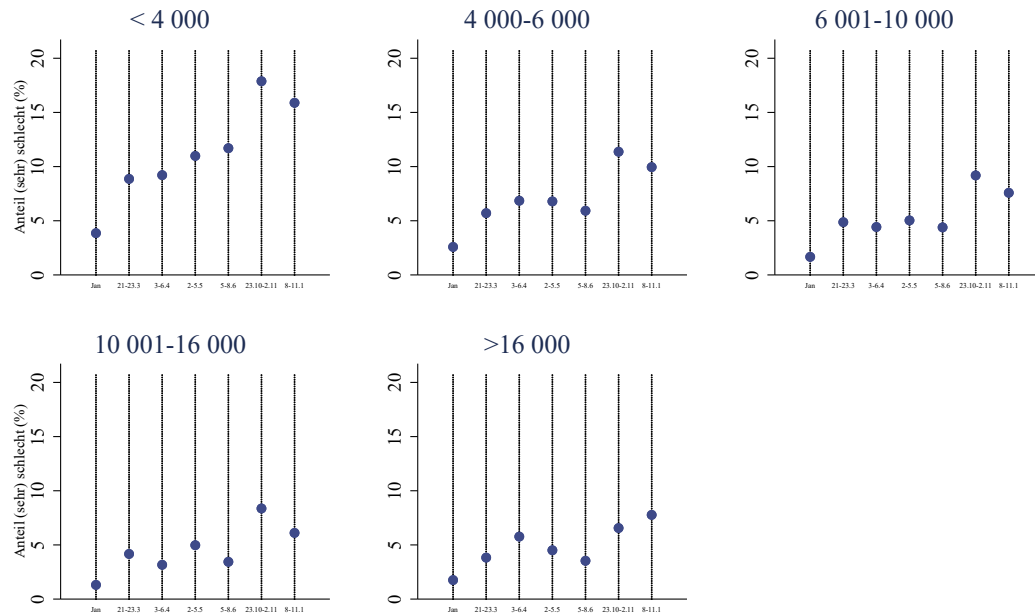
Neben dem Einkommen, spielt auch der Erwerbszustand eine wichtige Rolle. Es geht vor allem den Arbeitslosen schlecht oder sehr schlecht (20 Prozent). Umgekehrt zeigt sich kaum ein Unterschied zwischen regulär arbeitenden Personen und Personen in Kurzarbeit. Die Kurzarbeit leistet somit auch einen wichtigen Beitrag zur psychischen Gesundheit jener, die wirtschaftlich von der Krise getroffen werden.

Auch nach Altersgruppe zeigen sich Unterschiede. Ältere Personen geben häufiger an, dass es ihnen gut oder sehr gut geht. Dieser Anteil liegt bei den Personen über 65 bei 82 Prozent. Bei Personen im Erwerbsalter hingegen liegt der Anteil an Personen, die angibt, dass es Ihnen gut oder sehr gut geht, hingegen bei ca. 70 Prozent. Gerade jüngeren und körperlich gesunden Rentnerinnen und Rentnern scheinen die Pandemie und die ergriffenen Massnahmen zu deren Bekämpfung weniger stark auf das Gemüt geschlagen zu haben als Personen im Erwerbsalter, deren beruflicher und familiärer Alltag häufig auf den Kopf gestellt wurde.

Schliesslich zeigen sich auch Unterschiede nach Geschlecht: Männliche Befragte gaben zu 75 Prozent an, dass es ihnen gut oder sehr gut geht. Für Frauen ist dieser Anteil geringer

und liegt im Durchschnitt bei 68 Prozent. Männer kommen also besser mit der aktuellen Situation zurecht als Frauen. Eine mögliche Erklärung dafür könnten zusätzliche Belastung durch Kinderbetreuung und Homeschooling sein, die in Kapitel 3.3 beleuchtet werden.

Schlechte Gemütsverfassung im Zeitverlauf nach Haushaltseinkommen und Wellen



Wie geht es Ihnen zurzeit?

Abbildung 12: Schlechte Gemütsverfassung im Zeitverlauf

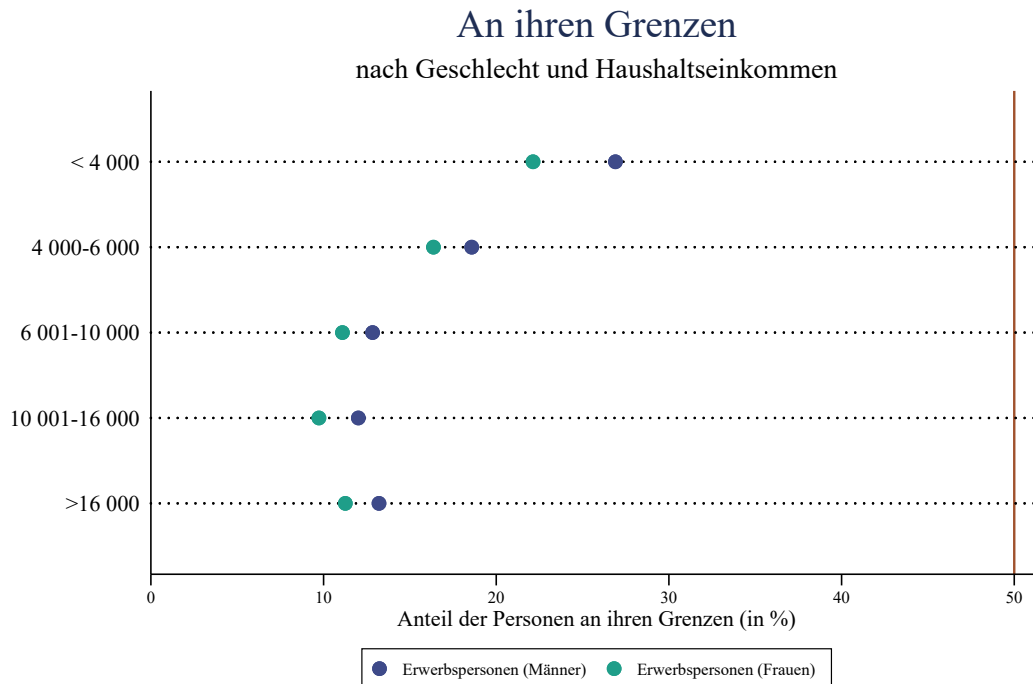
Abbildung 12 zeigt, wie sich die Gemütsverfassung im Verlauf der Krise verändert hat. Vor der Coronakrise zeigten sich keine starken Unterschiede über die Einkommenskategorien hinweg. In allen Einkommenskategorien gaben mehr als 95 Prozent der Befragten an, dass es ihnen nicht schlecht geht.² Aber bereits in der ersten Welle zeigte sich eine Verschlechterung, insbesondere bei Haushalten mit geringem Einkommen. Aus Abbildung 12 geht hervor, dass in der untersten Kategorie jeweils knapp 10 Prozent angaben, dass es ihnen schlecht oder sehr schlecht ging. Der Tiefpunkt wurde zu Beginn der zweiten Welle, Ende Oktober erreicht, als 18 Prozent der Befragten in der untersten Einkommenskategorie angaben, dass es ihnen schlecht oder sehr schlecht ging. In der letzten Befragungswelle ist dieser Anteil auf 15 Prozent gesunken.

Die Verschlechterung des Gemütszustandes fällt mit steigendem Einkommen weniger ausgeprägt aus. So gab es zwar auch bei Personen aus Haushalten mit Einkommen über 16 000 Franken eine leichte Verschlechterung aufgrund die Krise, jedoch sind auch Erholungsphasen zu erkennen und der Anteil der Personen denen es schlecht oder sehr schlecht ging blieb immer deutlich unter der 10-Prozent-Marke.

Während die Einkommensrückgänge weitgehend stabil blieben, oder sich im Verlaufe der Pandemie sogar wieder etwas erholten (siehe Abbildung 2), zeichnet sich beim psychischen Wohlbefinden eine fortlaufende Verschlechterung ab. Diese Tendenz ist insbesondere am un-

²Grundlage für den ersten Datenpunkt bildet die Frage: “Wie ging es Ihnen vor Beginn der Corona-Krise?”, die in den ersten 3 Befragungswellen gestellt wurde.

tersten Ende der Einkommensverteilung sichtbar. Dies ist ein ernst zu nehmendes Symptom dieser Krise, das möglicherweise längerfristige Folgen mit sich bringt.



F: Wie lange würden Sie mit den aktuellen Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft zurechtkommen? Bzw. wann würden Sie an Ihre Grenze kommen? - A: Ich bin schon an meinen Grenzen.

Abbildung 13: Anteil der Personen an Ihren Grenzen

Eng mit dem Gemütszustand verknüpft ist die Frage, wie lange man mit den aktuellen Einschränkungen zurechtkommen würde. Diese Frage wurde in allen ausser der ersten Befragungswelle gestellt (wobei zu beachten ist, dass diese Frage nur von 37 Prozent der Befragten beantwortet wurde, was die Aussagekraft der Analyse etwas einschränkt). Dabei war ein Teil der Befragten bereits zum Befragungszeitpunkt an ihren Grenzen.

Abbildung 13 zeigt den Anteil Erwerbspersonen, die an ihren Grenzen sind, nach Geschlecht und Einkommenskategorie. Für Pensionierte und Nicht-erwerbstätige ist der Geschlechterunterschied sehr klein, bei Erwerbspersonen zeigt sich jedoch ein deutlicher Unterschied. In allen Einkommenskategorien geben Frauen seltener an, an ihren Grenzen zu sein als Männer. Besonders ausgeprägt ist dies in der untersten Einkommenskategorie, in der 26 Prozent der Männer angeben bereits an ihrer Grenze zu sein, während dies “nur” 22 Prozent der Frauen angeben. Diese Anteile sinken mit dem Einkommen, nur bei Haushaltseinkommen von über 16 000 Franken ist wieder eine leichte Zunahme zu erkennen.

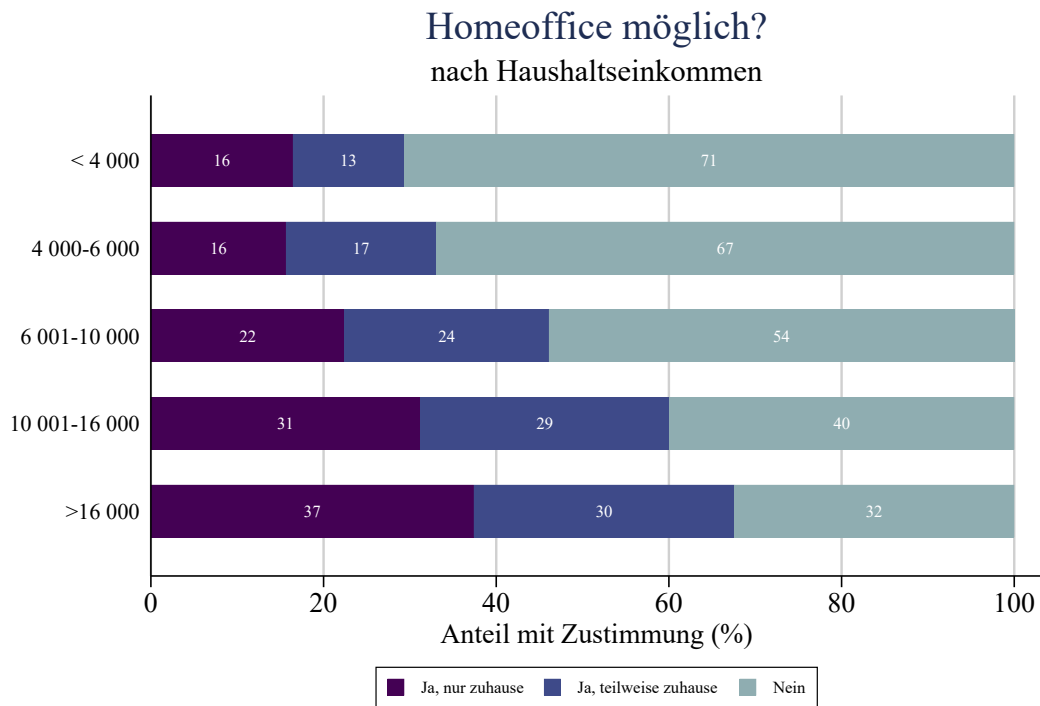
Eine weiterführende Analyse zeigt, dass der Geschlechtsunterschied vor allem dadurch zu erklären ist, dass Frauen besser damit zurechtkommen, durch die Krise arbeitslos geworden zu sein. Während 40 Prozent der Männer, die arbeitslos geworden sind, angeben, an Ihren Grenzen zu sein, liegt dieser Anteil bei Frauen um mehr als 10 Prozentpunkte tiefer, bei 29.5 Prozent.

Besonders oft gaben zudem Selbständige (22 Prozent der Antwortenden) und Personen, die durch die Krise Arbeitslos geworden sind (35 Prozent) an, an ihren Grenzen zu sein.

3.3 Mögliche Erklärungsfaktoren: Homeoffice und Belastung durch Betreuungspflichten

Aktuelle Studien legen nahe, dass dank Homeoffice als Antwort auf die Pandemie der arbeitsbezogene Stress für einige Berufsgruppen deutlich abgenommen hat. Die Möglichkeit, seinen Beruf im Homeoffice auszuüben, war während der Corona-Krise auch deshalb vorteilhaft, weil Homeoffice sowohl das Risiko einer Ansteckungen reduziert, als auch das Risiko seinen Arbeitsplatz zu verlieren oder von Kurzarbeit betroffen zu sein. Doch nicht alle Berufe können ohne Weiteres von zu Hause ausgeübt werden.

Wie Abbildung 14 zeigt, hängt auch die Möglichkeit im Homeoffice zu arbeiten stark mit dem Haushaltseinkommen zusammen.³ Je höher das Haushaltseinkommen, desto eher ist Homeoffice möglich. Während 71 Prozent der Befragten mit einem Haushaltseinkommen unter 4 000 Franken angaben, dass Homeoffice nicht möglich sei, beträgt der entsprechende Anteil bei denjenigen mit mehr als 16 000 Franken Haushaltseinkommen nur 32 Prozent. In der Befragung geben ausserdem mehr Männer als Frauen an, dass Homeoffice möglich ist.⁴



Arbeiten Sie aufgrund der Corona-Krise von zuhause aus bzw. im Home Office?

Abbildung 14: Möglichkeit von Homeoffice

Weitere Variablen, die den Gemütszustand und das Zurechtkommen mit den aktuellen Umständen erklären könnten, sind die Kinderbetreuung und das Homeschooling. Die Coronakrise hat dazu geführt dass Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen geschlossen wurden, oder jeweils im Turnus organisiert wurden. Dies hat zu einem deutlichen Anstieg der Betreuungsaufgaben zu Hause geführt.

³Die Stichprobe umfasst bei dieser Frage nur Angestellte, Personen auf Kurzarbeit, Selbstständige und Personen in Ausbildung.

⁴Dies hängt vor allem mit der geschlechtsspezifischen Branchenstrukturen zusammen. Frauen arbeiten öfter als Männer im Bereich der personennahen Dienstleistungen, wie zum Beispiel in der Pflege, der Kinderbetreuung oder im Detailhandel, wo Homeoffice nicht möglich ist.

Abbildung 15 zeigt den Anteil an Personen, der angibt, im letzten Monat durch Betreuungspflichten und Homeschooling weniger berufliche Kapazitäten zur Verfügung gehabt zu haben. Es ist anzumerken, dass diese Frage nur Erwerbstätigen gestellt wurde. Der Anteil ist insbesondere für Familienhaushalte relativ hoch: 17 Prozent der Frauen und 11 Prozent der Männer gaben an aufgrund von Betreuungspflichten weniger berufliche Kapazitäten zu haben. Bei einer Betrachtung über die Zeit zeigt sich, dass dies insbesondere in den ersten 3 Befragungswellen (Zeitraum März-Mai 2020) zu einer hohen Belastung geführt hat. In den ersten beiden Befragungswellen im März und April lag der Anteil Frauen mit Familien der angab durch Betreuung weniger Kapazitäten zu haben bei 20 Prozent. Im Mai stieg dieser Anteil und jede vierte Frau mit Familie gab an, dass sie auf Grund von Betreuungspflichten weniger Zeit für ihren Beruf habe.

Auch bei dieser Variable ergeben sich Unterschiede nach Haushaltseinkommen. Insbesondere steigt der Anteil der Personen, der angibt durch Kinderbetreuung belastet zu sein, mit dem Einkommen. Allerdings lässt sich das vor allem durch die unterschiedliche Zusammensetzung der Haushalte in unterschiedlichen Einkommenskategorien erklären: wie aus Tabelle 1 ersichtlich, sind Familien vor allem in mittleren und höheren Einkommenskategorien zu finden. Wenn man für die Zusammensetzung der Haushalte kontrolliert, sind die Einkommensunterschiede für die Belastung durch Betreuung nicht mehr statistisch signifikant.

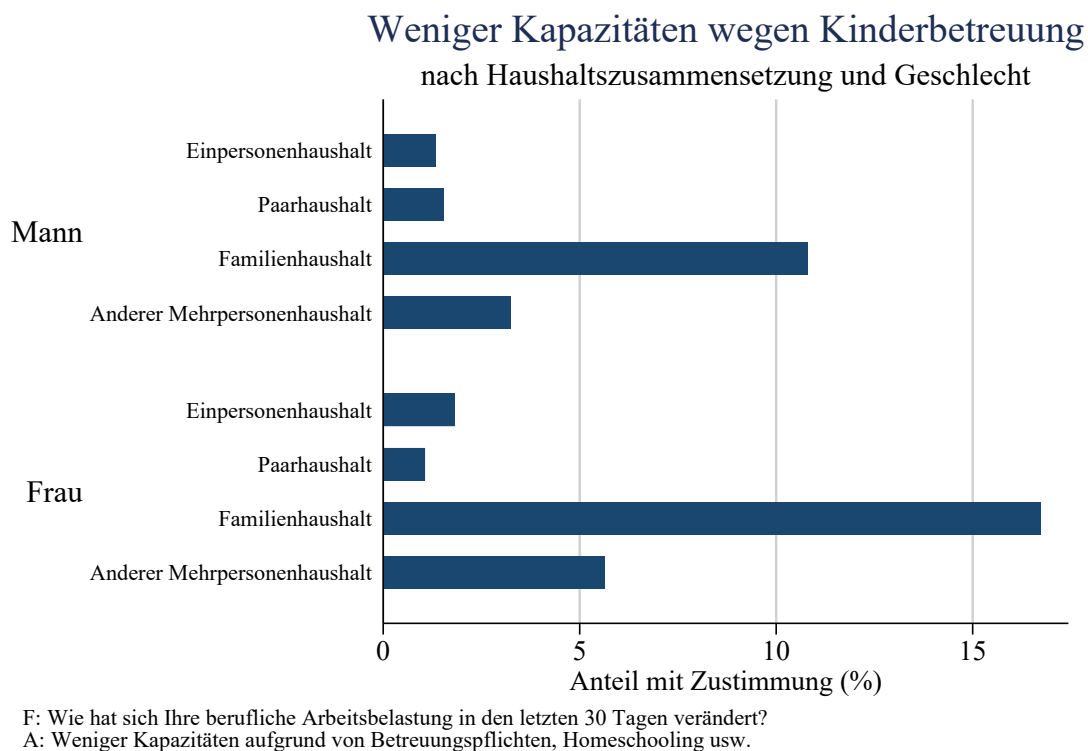


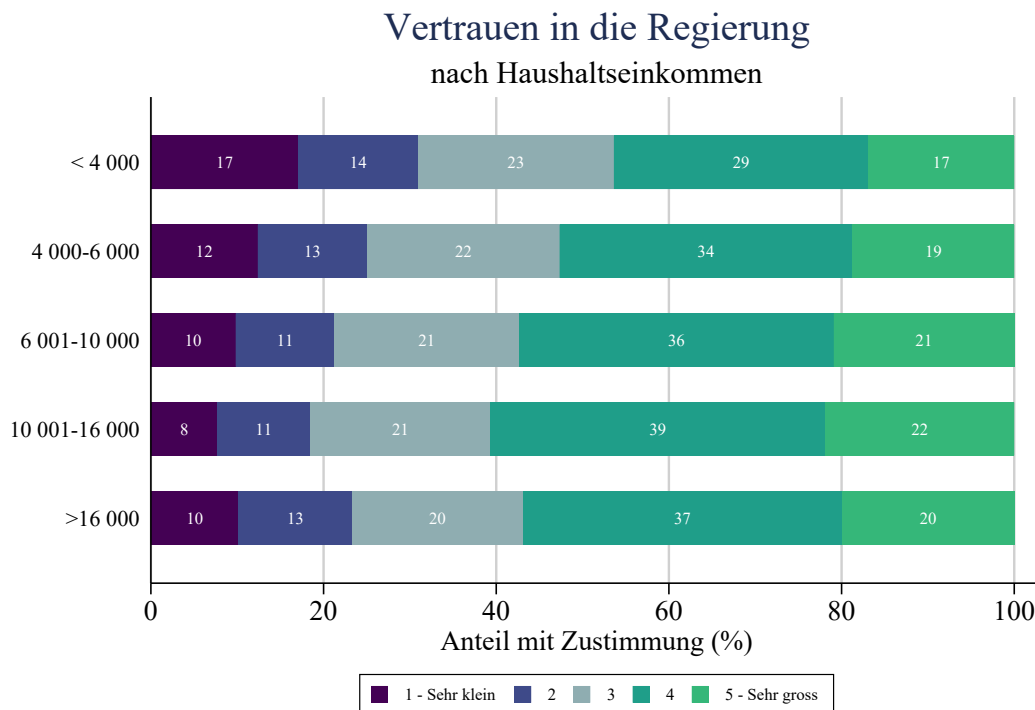
Abbildung 15: Belastung durch Betreuung

4 Politisches Vertrauen und Impfbereitschaft

Das letzte Kapitel analysiert, wie sich die Corona-Krise auf das politische Vertrauen ausgewirkt hat. Dafür wird einerseits beleuchtet, wie es um das Vertrauen zur Krisenbewältigung steht. Andererseits wird auch das Vertrauen in die Medien beleuchtet. Zudem wird die Frage

analysiert, inwiefern sich die Impfbereitschaft nach Haushaltseinkommensklassen unterscheidet. Diese Fragestellungen sollen Aufschluss darüber geben, inwiefern die Corona-Krise auch zu einer verstärkten Polarisierung in politischen oder emotional aufgeladenen Fragen wie jener nach der Impfbereitschaft geführt haben.

4.1 Vertrauen in Politik und Medien



Wie gross ist Ihr Vertrauen in den Bundesrat in Bezug auf die Bewältigung der Corona-Krise?

Abbildung 16: Vertrauen in die Regierung

Abbildung 16 zeigt das Vertrauen in den Bundesrat in Bezug auf die Bewältigung der Corona-Krise. Im Mittel geben 24 Prozent der Befragten an, ein geringes oder sehr geringes Vertrauen zu haben. Insbesondere bei Personen in der untersten Kategorie ist es nicht gut um das Vertrauen bemessen, so gaben 31 Prozent der Befragten in dieser Einkommenskategorie an, sehr geringes oder geringes Vertrauen in den Bundesrat zu haben. Mit steigendem Einkommen geht dieser Anteil allerdings deutlich zurück und liegt in der zweithöchsten Einkommensklasse (Haushalte mit Monatseinkommen zwischen 10 000 und 16 000 Franken) bei 19 Prozent. Erst in der höchsten Einkommensklasse zeigt sich wieder ein kleiner Anstieg auf 23 Prozent.

Eine Betrachtung über die Erwerbskategorien hinweg gibt zusätzlichen Einblick: insbesondere Selbständige (37 Prozent) und Arbeitslose (38 Prozent) haben kleines oder sehr kleines Vertrauen in den Bundesrat. Diese Personengruppen gehören bezeichnenderweise zu den stärker von der Krise betroffenen, wie auch der vorliegende Bericht zeigt.

Die Betrachtung über die Zeit (Abbildung 17) ist hier ebenfalls sehr aufschlussreich: Während der ersten vier Befragungswellen schwankte der Anteil mit geringem bis sehr geringem Vertrauen in die politische Führung zwischen 12 und 20 Prozent. Seit letztem Herbst ist das Vertrauen deutlich geschwunden und knapp 40 Prozent der Befragten gaben an kleines oder

sehr kleines Vertrauen in den Bundesrat in Bezug auf die Bewältigung der Corona-Krise zu haben.

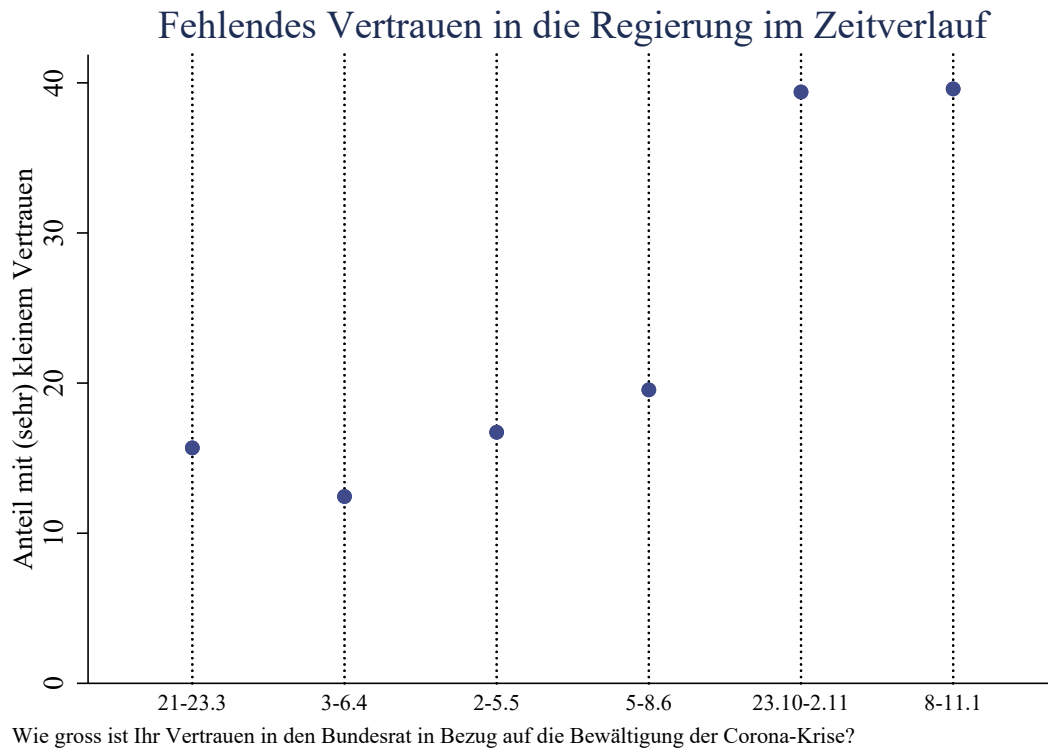


Abbildung 17: Fehlendes Vertrauen in die Regierung im Zeitverlauf

Ein Blick auf die Medien in Abbildung 18 vervollständigt das Bild. Bei dieser Frage wurde die Zustimmung zu verschiedenen Aussagen über die Medien gemessen. Schweizer Medien informieren umfassend ist dabei die Aussage mit der höchsten Zustimmung. Allerdings liebt auch hier die Zustimmung nur bei knapp 30 Prozent. Knapp 20 Prozent der Befragten attestieren den Medien eine sachliche Einordnung.

Allerdings gibt es auch deutliche Ablehnung gegen Schweizer Medien, so geben 23 Prozent der Befragten an, dass die Medien zur Panik beitragen. Auch der Aussage, dass die Medien mit ihrer Dauerberichterstattung übertreiben stimmen 26,5 Prozent der Befragten zu.

Die Einkommensunterschiede machen sich bei den Fragen zu den Schweizer Medien allerdings kaum bemerkbar und zeigen kein klares Bild. So findet zum Beispiel die Aussage “Schweizer Medien tragen zur Panik bei” in der höchsten und niedrigsten Einkommensklasse etwas mehr Zustimmung als in der Mitte der Einkommensverteilung. Bei der recht ähnlich klingenden Aussage “Schweizer Medien übertreiben mit ihrer Dauerberichterstattung” zeigt sich allerdings genau das umgekehrte Bild, hier gibt es mehr Zustimmung aus der Mitte im Vergleich zu Personen aus den höchsten und niedrigsten Einkommenskategorien.

Beurteilung der Schweizer Medien nach Haushaltseinkommen

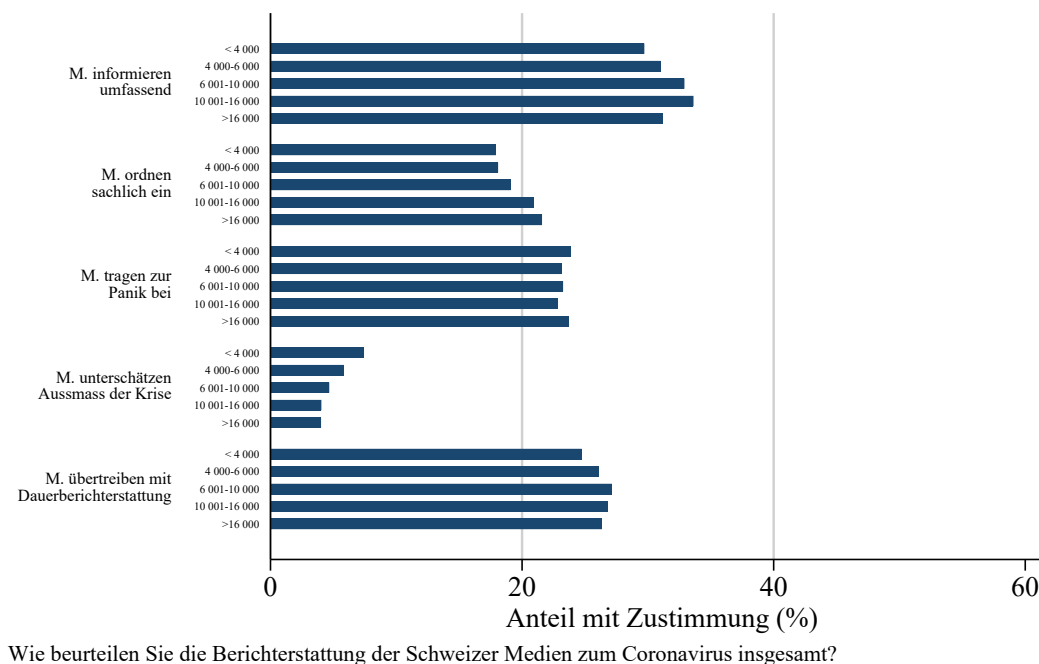


Abbildung 18: Beurteilung der Schweizer Medien

4.2 Impfbereitschaft

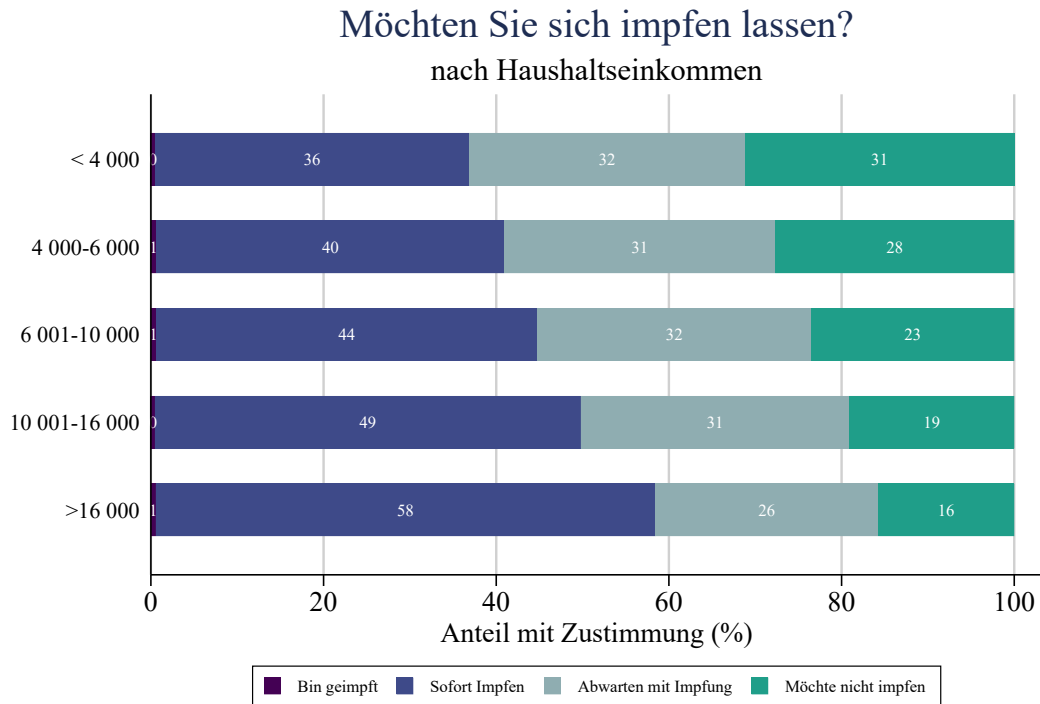
Schliesslich wird in Abbildung 19 die Impfbereitschaft der Schweizer Bevölkerung näher untersucht. Dabei wird nur die Frage in der Befragungswelle im Januar 2021 ausgewertet, da vorher die Unsicherheit über Zulassung und mögliche Impfpräparate zu gross war.

Im Zusammenhang mit ökonomischer Ungleichheit lassen sich deutliche Einkommensunterschiede feststellen. In der untersten Einkommenskategorie würden sich nur 36 Prozent der Befragten sofort impfen lassen, während in der höchsten Einkommenskategorie 59 Prozent der Befragten entweder schon geimpft sind oder sich sofort impfen lassen würden. Die Hintergründe für diese grossen Unterschiede nach Einkommenskategorie sind leider nicht klar und bleiben bestehen auch wenn für demographischen Charakteristika und Erwerbsstatus kontrolliert wird.

Auch zeigen sich bei der Impfbereitschaft grosse Altersunterschiede: Bei den Rentnerinnen und Rentnern, möchten sich nur gerade 11 Prozent nicht impfen, während 62 Prozent entweder schon geimpft sind oder sich sofort impfen lassen würden. Der Bildungsabschluss macht ebenfalls einen Unterschied, so würden sich 60 Prozent der Befragten mit Universitätsabschluss sofort impfen lassen, während der Anteil bei den anderen Bildungsabschlüssen zwischen 38 Prozent (kein Bildungsabschluss) und 45 Prozent (Fachhochschule) liegt.

Insgesamt zeigt sich ein gemischtes Bild: 44 Prozent der Befragten ist bereits geimpft oder würde sich sofort impfen lassen, während weitere 31 Prozent erstmal abwarten möchten. Die verbleibenden 25 Prozent der Befragten möchte sich nicht impfen lassen. Wenn die Impfbereitschaft also so bleibt, oder sogar zurückgeht wird es schwierig ausreichend Personen zu impfen um eine Herdenimmunität zu erreichen und vulnerable Personen zu schützen. Ak-

tuelle medizinische Studien, basierend auf mathematischen Berechnungen zur Verbreitung des Virus, haben zwar eine Impfquote von 60-70 Prozent in der Bevölkerung errechnet, die benötigt würde um den R_t Wert konstant unter 1 zu halten und so das Coronavirus langsam zurückzudrängen. Allerdings sind bei dieser Betrachtung die neuen Virusmutationen noch nicht berücksichtigt, die sich deutlich einfacher verbreiten. In dieser Hinsicht wäre also weitere Aufklärungsarbeit nötig, um der Pandemie mittelfristig Herr zu werden.



Möchten Sie sich impfen lassen, wenn eine Impfung für Sie verfügbar ist?

Abbildung 19: Impfbereitschaft